iST 30

integriertes
Stadtentwicklungskonzept
Steinheim
2030

Demografie, Wohnbauentwicklung und Infrastruktur

Auftraggeber
Stadt Steinheim an der Murr
Marktstraße 29
71711 Steinheim an der Murr

Verfasser
Reschl und Höschele
Friedrichstraße 10
70174 Stuttgart

Projektbearbeitung
Dr. Richard Reschl
Roland Köhler
Philipp König
Carolin Pröpper

Mitarbeit
Viktoria Straub
Jacob Uhlmann

Stuttgart, 28.05.2014

Reschl und Höschele

Inhalt

1 Einleitung ... 3

2 Vorgehensweise und methodischer Ansatz ... 4

3 Demografische Entwicklung ... 5

3.1 Einführung ... 5

3.2 Bisherige Entwicklung und Vorausrechung ... 6

3.3 Zielsetzungen des Gemeinderats ... 12

4 Wohnbauentwicklung ... 13

4.1 Grundlagen der Bedarfsermittlung ... 13

4.2 Wohnflächenbedarf ... 15

4.3 Entwicklungsperspektiven ... 17

5 Soziale Infrastruktur ... 22

5.1 Ausgangslage ... 22

5.2 Kinderbetreuung ... 24

5.3 Schulen ... 26

5.4 Senioren ... 27

6 Die repräsentative Bürgerbefragung ... 29

6.1 Methodischer Ansatz ... 29

6.2 Ergebnisse ... 30

7 Die Bürgerbeteiligung ... 48

7.1 Methodischer Ansatz ... 48

7.2 Ergebnisse ... 50

7.3 Fokusgruppe Jugendliche ... 53

8 Handlungsprogramm ... 57

8.1 Beschreibung der Projekte/Maßnahmen ... 57

8.2 Übersicht ... 63

1 Einleitung

Das integrierte Stadtentwicklungskonzept Steinheim 2030 (iST 2030) soll die Entwicklungsperspektiven des Zentralortes Steinheim und der Stadtteile Höpfigheim und Kleinbottwar aufzeigen und als Handlungsprogramm der Stadt für die nächsten 16 Jahre dienen.

Die Erarbeitung erfolgte breit angelegt in Aufgabenteilung zwischen fünf Fachplanungsbüros, gegliedert in die folgenden Themenfelder:

- Demografie, Wohnbauentwicklung und Infrastruktur,
- Einzelhandel,
- Städtebau,
- Verkehr,
- und Energie, Klimaschutz.

Der vorliegende Band behandelt das erste Themenfeld. Zusammenfassend für alle Themenfelder wiedergegeben werden die Ergebnisse der repräsentativen Bürgerbefragung und der Bürgerbeteiligung, für ihr Themenfeld spezifische Ergebnisse wurden von den jeweiligen Fachplanern berücksichtigt.

Neben den Analysen und Empfehlungen der Fachplaner und den Anregungen und Ideen aus der Bürgerschaft stellt das vorliegende Stadtentwicklungskonzept iST 2030 vor allem das Ergebnis einer intensiven Zusammenarbeit mit Verwaltung und Gemeinderat der Stadt Steinheim dar: Drei kommunale Klausurtagungen gewährleisteten eine enge Abstimmung dieser Akteure mit den Fachplanern. So gelang es, eine Vielzahl von Ideen, Anregungen und Vorstellungen aufzugreifen, als Handlungsprogramm auszuarbeiten und fundiert abzustimmen.

Das in einem anderthalbjährigen Prozess erarbeitete iST 2030 kann durch die beschriebene Vorgehensweise sehr konkrete Handlungsempfehlungen zu praktisch allen kommunalen Aufgabenbereichen geben. Die Umsetzung wird von vielen Randbedingungen abhängen – nicht zuletzt von der Entwicklung der kommunalen Finanzen in den nächsten Jahren. Das Zieljahr 2030 bietet aber die Möglichkeit, auch komplexe Projekte umzusetzen und schwierige Herausforderungen zu meistern. Mit dem vorliegenden gemeinsamen Handlungskonzept von Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft der Stadt Steinheim wird es gelingen, diese Chance wahrzunehmen.

2 Vorgehensweise und methodischer Ansatz

Den Einstieg in den Planungsprozess bildete die Erhebung der Grundlagen des Themenfeldes Demografie, Wohnbauentwicklung und Infrastruktur im Frühjahr 2013. Vorhandene Daten und Planungen wurden gesichtet und analysiert, um erste Entwicklungsszenarien und Handlungsansätze formulieren und mit Verwaltung und Gemeinderat diskutieren zu können.

Neben der fachlichen Bearbeitung der Themen der Stadtentwicklung, spielt deren subjektive Wahrnehmung durch die Bevölkerung eine wichtige Rolle. Parallel zu Bestandserhebung und Analyse wurde daher eine repräsentative Bürgerbefragung durchgeführt, bei der 25% der Steinheimer Bürgerinnen und Bürger im Alter über 18 zu einer Vielzahl von prozessrelevanten Fragestellungen befragt wurden. Mit einer hohen Rücklaufquote von über 50% konnte so ein fundiertes Meinungsbild als wichtige Grundlage für die weiteren Bearbeitungsschritte gewonnen werden.

Der Gemeinderat als Hauptorgan der Stadt und wichtigster Akteur des iST 2030 wurde intensiv in den Prozess einbezogen: Die Ergebnisse der ersten Arbeitsschritte wurden in einer ersten, zweitägigen kommunalen Klausurtagung im Juli 2013 dem Gemeinderat zur Kenntnis gegeben und nach Themenfeldern strukturiert in zwei Gruppen ausführlich diskutiert.

Stadtentwicklung als dialogorientierter Prozess hängt wesentlich von der direkten Beteiligung der Bevölkerung ab. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Steinheim waren im Herbst 2013 aufgefordert, ihre Anregungen, Ideen und Vorstellungen in einer offenen Bürgerbeteiligung einzubringen. Das mit Auftakt, zwei Arbeitsterminen und öffentlicher Abschlussveranstaltung breit angelegte Beteiligungsangebot wurde von rund 80 Steinheimer Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen.

Unter Berücksichtigung der Diskussionsergebnisse aus kommunaler Klausurtagung und Bürgerbeteiligung konnte die fachliche Analyse in einem weiteren Bearbeitungsschritt bezüglich konkreter Fragestellungen vertieft werden. In der letzten Arbeitsphase wurde das in perspektivische Strategieziele und konkrete Maßnahmen und Projekten gegliederte Handlungsprogramm im Entwurf formuliert. Es integriert die Ergebnisse der Diskussion mit Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft und die Erkenntnisse aus der fachlichen Analyse.

Die vertiefte Analyse und der Entwurf des Handlungsprogramms wurden in einer zweiten Gemeinderatsklausur dem Gremium vorgestellt und wichtige Zielsetzungen ausführlich diskutiert. Eine dritte Klausurtagung diente der Vorstellung des Abschlussberichts im Entwurf und der Diskussion der Prioritäten des Handlungsprogramms.

3 Demografische Entwicklung

3.1 Einführung

Die Einwohnerentwicklung einer Stadt hat erhebliche Auswirkungen auf alle kommunalen Aufgabenbereiche. Z.B. besteht zwischen Wohnflächenbedarf und Einwohnerzahl ein relativ enger Zusammenhang, das Arbeitskräftepotential und die Pendlerbewegungen hängen direkt von der Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter ab, die Kapazitätsanforderungen und Auslastung bzw. Wirtschaftlichkeit kommunaler Infrastruktureinrichtungen korrelieren eng mit der Einwohnerentwicklung. Über das Steueraufkommen besteht ein direkter Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf die Einnahmenseite des städtischen Haushalts und damit, gerade bei einer Stadt wie Steinheim, die ohne große Gewerbesteuerzahler auskommen muss, auf den Handlungsspielraum der Kommune.

Wobei das Beispiel kommunaler Einrichtungen verdeutlicht, dass eine rein summarische Betrachtung der Bevölkerungsentwicklung nicht ausreicht: Viele kommunale Einrichtungen werden ausschließlich oder überwiegend von einer bestimmten Altersgruppe genutzt, deren Entwicklung für die Angebotsplanung von Bedeutung ist. Es muss also auch die Altersstruktur der Wohnbevölkerung untersucht und vorausgerechnet werden: Die Frage der Entwicklung der Altersgruppen (die für jede Gruppe in der Regel ganz unterschiedlich verläuft), spielt für die Stadtentwicklung eine entscheidende Rolle.

Bevölkerungsentwicklung hängt von drei Faktoren ab: Der Geburtenrate, der Sterberate und dem Wanderungssaldo (Differenz zwischen Zu- und Fortzügen). Die natürliche Bevölkerungsentwicklung als Resultat der Entwicklung von Geburten- und Sterberate kann politisch nur schwer, auf kommunaler Ebene gar nicht gesteuert werden. Die Handlungsoptionen einer Kommune liegen somit allein im Bereich der Wanderungsbewegungen, die sich über zahlreiche Faktoren mittelbar beeinflussen lassen. Eine Prognose oder gar eine Festlegung des genauen Wanderungssaldos bis zum Zieljahr 2030 ist aber auf Grund der Vielzahl dieser Einflussgrößen weder möglich noch zielführend.

Als Grundlage für die Diskussion mit Gemeinderat und Verwaltung wurden daher 5 Szenarien vorausberechnet, die quasi eine Antwort auf die Frage geben „was wäre wenn...“. In Abhängigkeit verschiedener Wanderungsannahmen wurde die daraus resultierende Entwicklung der Einwohnerzahl und Altersstruktur bis zum Zieljahr 2030 vorausberechnet. Diese Darstellung eröffnet den kommunalen Akteuren die Möglichkeit, eine Zielvorstellung zu formulieren, die für die nachgelagerten Planungen als Grundlage dienen kann und in der Umsetzungsphase eine konkrete Überprüfung der Zielerfüllung ermöglicht.

3.2 Bisherige Entwicklung und Vorausrechung

Bearbeitungshinweis: Alle folgenden Zahlen beziehen sich immer auf die Gesamtstadt, d.h. auf den Kernort Steinheim und die Stadtteile Höpfigheim und Kleinbottwar. Die Grundlagen dieses Kapitels wurden vor der Veröffentlichung der Ergebnisse des Zensus 2011, der teilweise eine erhebliche Veränderung der Bevölkerungsstatistik brachte, erarbeitet. Eine Aktualisierung dieser Grundlage erscheint jedoch nicht sinnvoll, da die neuste Vorausrechnung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg aus dem Jahr 2008 stammt. Eine Vorausrechnung auf Basis der Zensus-Daten liegt bisher nicht vor. Soweit man die amtliche Vorausrechung in die Betrachtungen einbeziehen möchte, steht eine konsistente Datenbasis derzeit also nur bei Verwendung der „alten", auf der Volkszählung 1987 basierenden Zahlen, zur Verfügung.

Die Bevölkerung der Stadt Steinheim an der Murr wuchs seit den 1990er Jahren kontinuierlich, deutliche Wanderungsgewinne wurden im Zuge der großen Wanderungsbewegung zu Anfang dieses Jahrzehnts erzielt. Die Jahre seit 2004 sind von stark schwankenden Wanderungssaldi gekennzeichnet. Etwa seit 2007 verlangsamt sich das Wachstum kontinuierlich. Insgesamt sind im Zeitraum ab 2008 keine relevanten Wanderungsgewinne zu verzeichnen.

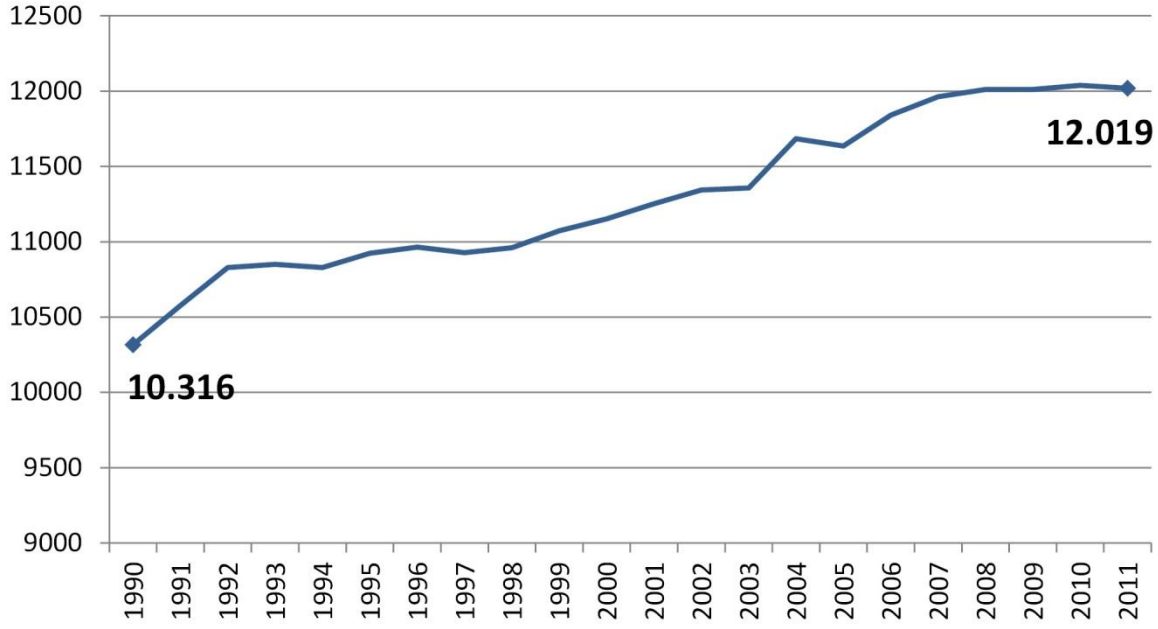


Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung Steinheim an der Murr 1990 bis 2011, Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2013

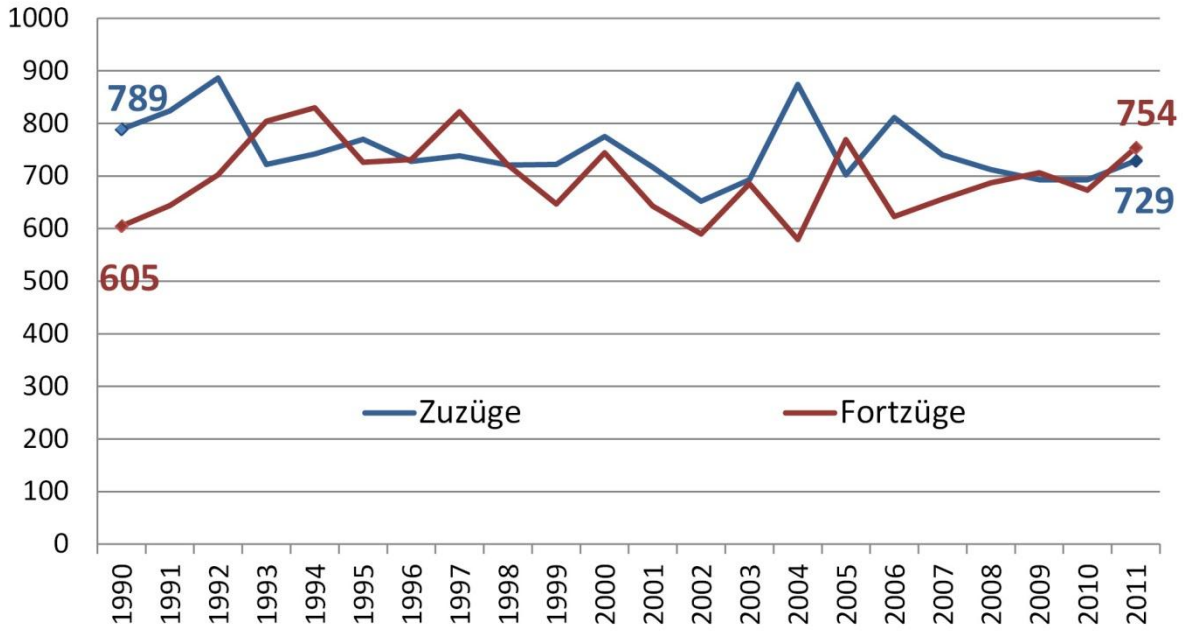


Abbildung 2: Entwicklung der Wanderungen (Zuzüge/Fortzüge) 1990 bis 2011, Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2013

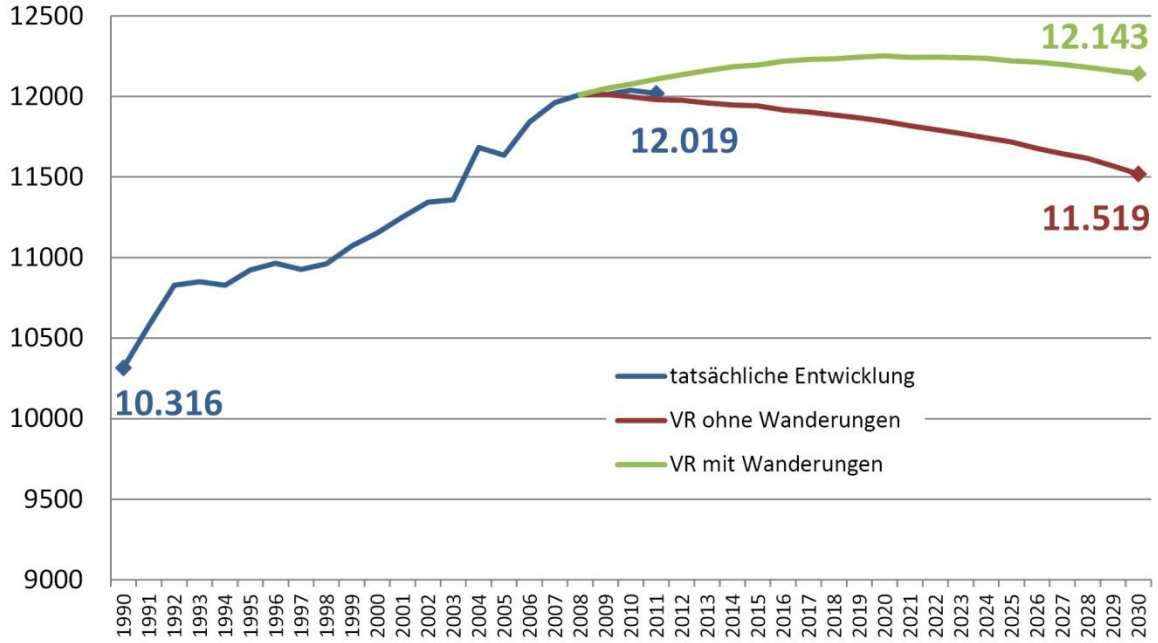


Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung Steinheim an der Murr 1990 bis 2011 und Vorausrechnung bis 2030, Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 2013

Die jüngste Vorausrechung des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg aus dem Jahr 2008 basiert auf der Fortschreibung der Zahlen der Jahre 2000 bis 2008 für die drei Einflussgrößen Geburten, Sterbefälle und Wanderungen. Es wird also errechnet, wie die künftige Entwicklung aussehen wird, wenn die Rahmenbedingungen weiter denen der letzten Jahre gleichen („Status-Quo-Ansatz“).

So schreibt die Vorausrechnung mit Berücksichtigung der Wanderungsbewegungen den durchschnittlichen Wanderungsgewinn von 78 Einwohnern pro Jahr fort und kommt zu dem Ergebnis, dass der Bevölkerungsstand den derzeitigen Wert von rund 12.000 Einwohnern deutlich überschreiten wird, um dann bis 2030 in etwas über dem aktuellen Stand zu schließen. Die Variante ohne Wanderungen (entspricht der Annahme Wanderungssaldo Null, d.h. Zuzüge auf gleichem Niveau wie die Fortzüge) bildet die natürliche Bevölkerungsentwicklung ab und weist einen deutlichen Bevölkerungsrückgang aus. Im Umkehrschluss bedeutet dies: Um den aktuellen Bevölkerungsstand zu halten, reicht die natürliche Bevölkerungsentwicklung bei weitem nicht aus, es muss eine relevante Zuwanderung erreicht werden.

Um die Bevölkerungsentwicklung als Planungsgrundlage vieler kommunaler Aufgabenbereiche im Rahmen der ersten Gemeinderatsklausur vertieft diskutieren zu können, wurde für die künftige Einwohnerentwicklung eine Vorausrechnung in Szenarien erstellt. Die Vorausrechnung basiert auf den Melderegisterdaten vom 29.12.2012 und bildet die Entwicklung bis zum Jahr 2030 nicht nur summarisch, sondern auch differenziert nach Altersgruppen ab.

Die 5 vorausberechneten Szenarien unterscheiden sich in der Annahme unterschiedlicher, an konkrete Vorgaben gebundene Annahmen des kommunalpolitisch beeinflussbaren Wanderungssaldos:

- Abwanderung – Was würde es bedeuten, wenn die Stadt auf Grund von Flächenknappheit oder anderer Faktoren an Einwohnern verlieren würde.
- Eigenentwicklung – Die natürliche Bevölkerungsentwicklung, also eine Vorausrechnung ohne Wanderungen, unterscheidet sich von der Vorausrechnung ohne Wanderungen des Statistischen Landesamtes durch die neuere Datenbasis und die Differenzierung der Altersgruppen.
- Fortschreibung letzte 5 Jahre – Der durchschnittliche Wanderungssaldo der letzten 5 Jahre bildet die Grundlage.
- Bestandserhalt – Welcher Wanderungssaldo wäre notwendig, um im Jahr 2030 den aktuellen Einwohnerstand zu erreichen.
- Fortschreibung letzte 10 Jahre/5 Jahre – Annahme des durchschnittlichen Wanderungssaldos der letzten 10 Jahre bis zum Jahr 2016, ab 2017 reduzierte Zuwanderung auf dem Durchschnittsniveau der letzten 5 Jahre.

Szenarien	Wanderungen 2012 - 2016 2017 - 2030	Stand 29.12.2012	2030	Veränderungen 2012 zu 2030	Veränderungen in %
Abwanderung	-20/-20	12.001	11150	-851	-7,1
Eigenentwicklung	0 / 0	12.001	11554	-447	-3,7
Fortschreibung letzte 5 Jahre	18 / 18	12.001	11918	-83	-0,7
Bestandserhalt	22 / 22	12.001	11999	-2	0
Fortschreibung letzte 10 / 5 Jahre	58 / 18	12.001	12158	157	1,3

Abbildung 4: Übersicht der Szenarien und Veränderung gegenüber 2012, Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Melderegisterdaten vom 29.12.2012

Die summarische Betrachtung aller Szenarien zeigt, dass auf Grund der rückläufigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung nur das letzte Szenario, das von einer weiterhin hohen Nettozuwanderung ausgeht, zu relevanten Einwohnergewinnen führen würde. Die Variante Bestandserhalt führt zwar mittelfristig zu leichten Gewinnen, schließt gemäß Vorgabe aber mit dem aktuellen Einwohnerstand; alle anderen Varianten liegen darunter, d.h. sie führen zu einem Einwohnerrückgang bis zum Zieljahr.

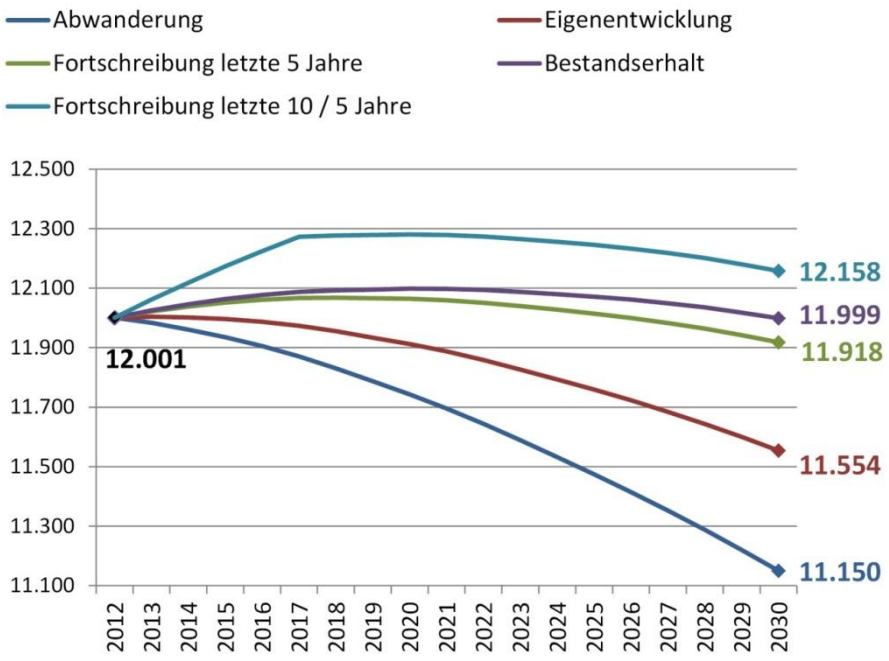


Abbildung 5: Verlauf der Einwohnerentwicklung in den 5 Szenarien, Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Melderegisterdaten vom 29.12.2012

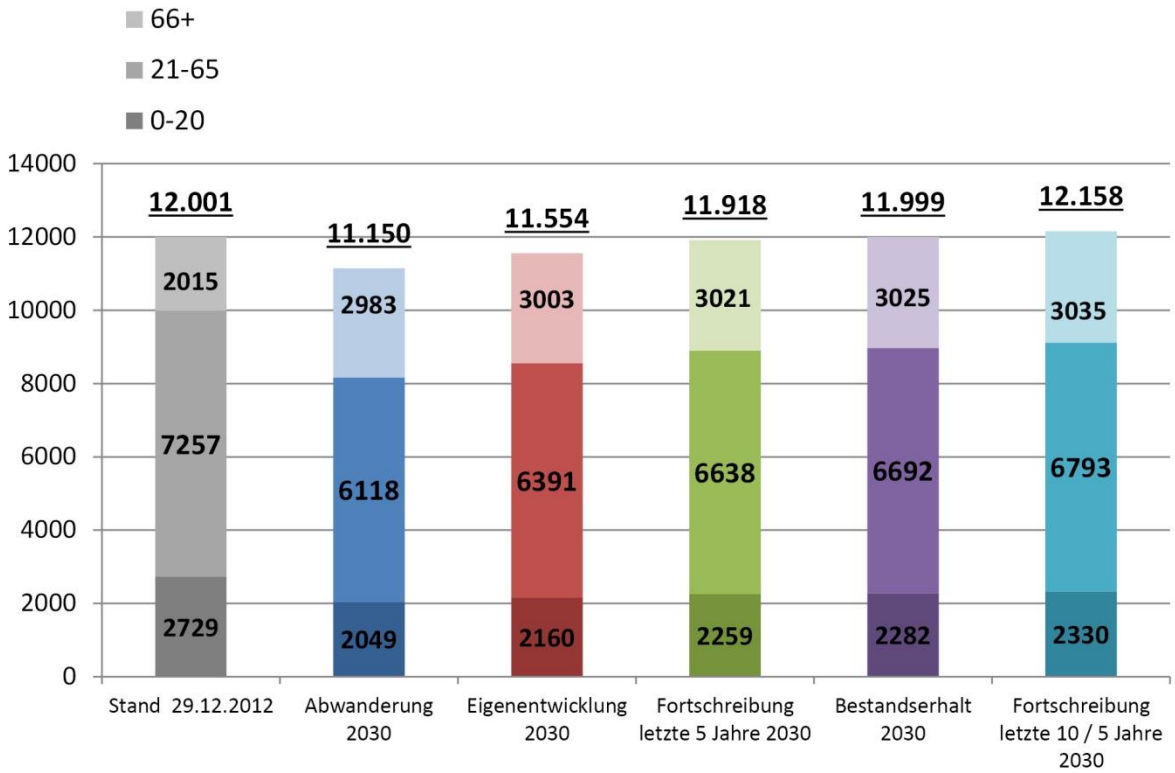


Abbildung 6: Altersstruktur in 3 Altersgruppen 2012 und im Jahr 2030 in den 5 Szenarien, Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Melderegisterdaten vom 29.12.2012

Um die Konsequenzen des demografischen Wandels beurteilen zu können, reicht wie eingangs beschrieben die summarische Betrachtung nicht aus. Die Herausforderungen, die mit der Entwicklung einhergehen, werden erst deutlich, wenn man nach Altersgruppen differenziert.

Schon die Betrachtung einer groben Differenzierung der Altersgruppen in die drei Gruppen Kinder und Jugendliche (0-20), Erwerbstätige (21-65) und Senioren (66 und älter) zeigt die generelle Tendenz in allen Szenarien: Die älteren Jahrgänge werden stark zunehmen, die Zahl der Kinder und Jugendlichen gegenüber dem aktuellen Stand relevant zurückgehen, ebenso die der Erwerbstätigen.

Im Kern bedeutet dies: Auch wenn über die beeinflussbare Größe des Wanderungssaldos kommunalpolitischer Gestaltungsspielraum hinsichtlich der Gesamtzahl der Einwohner besteht, so muss die Verschiebung der Altersstruktur hin zu einem deutlich höheren Anteil älterer Personen als feste Größe in alle Planungen und Entscheidungen einbezogen werden. Hieraus ergeben sich zahlreiche Herausforderungen, von gestiegenen Anforderungen an die Barrierefreiheit des öffentlichen Raums wie privater und öffentlicher Gebäude, über den Bedarf entsprechender Betreuungsangebote bis hin zur einer veränderten Nachfragesituation bei Freizeitangeboten einerseits, anderseits aber auch die Notwendigkeit, das Angebot für Kinder und Jugendliche sinkenden Nutzerzahlen anzupassen.

Nutzergruppen	Jahre	Stand 29.12.2012	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3	Szenario 4	Szenario 5
			1	0 / 0	18 / 18	22 / 22	58 / 18
		2012	2030	2030	2030	2030	2030
Krippe	< 1	101	99	105	110	111	113
U-3 Betreuung	1-3	204	198	210	221	223	226
Ü-3 Betreuung	3-5	355	301	320	337	341	346
Grundschule	6-9	501	393	417	439	444	454
Weitf. Schulen	10-18	1294	862	904	942	951	975
Jugendliche	14-21	1164	780	813	843	850	868
junge Erwachsene	21-30	1255	1215	1272	1322	1333	1339
Familiengründer	25-40	2050	2083	2209	2322	2347	2372
Erwerbstätige	20-65	7407	6221	6498	6748	6803	6906
junge Senioren	66-75	1148	1725	1737	1748	1751	1758
Senioren	76-85	693	880	885	889	890	893
Hochbetagte	> 85	206	421	424	427	428	428

Abbildung 7: Altersstruktur in Nutzergruppen 2012 und im Jahr 2030 in den 5 Szenarien, dunkle Felder bedeuten Wachstum der Gruppe, Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Melderegisterdaten vom 29.12.2012

Um konkrete Aussagen zu den Nutzerzahlen kommunaler Infrastruktureinrichtungen zu ermöglichen, wurden sogenannte „Nutzergruppen“ gebildet, d.h. jeweils die Altersjahrgänge als Gruppen zusammengefasst, die einen Typ kommunaler Einrichtungen oder Angebote nachfragen. Die Entwicklung dieser Nutzergruppen wurde für alle 5 Szenarien für das Jahr 2030 vorausberechnet.

Allerdings lassen sich auf dieser Basis nur bedingt Aussagen über die tatsächliche Nachfragesituation verschiedener Einrichtungen und Angebote machen. So spielt bei den Kinderbetreuungsangeboten neben den Kinderzahlen die Betreuungsquote eine entscheidende Rolle, deren Veränderung wiederum mit gesellschaftlichen Veränderungen zusammenhängt. Genauere Aussagen sind bezüglich der Grundschule möglich, da in der Regel alle Schüler einer Kommune und auch nur diese, das jeweilige Angebot nutzen. Bei weiterführenden Schulen wird die Aussage wieder schwieriger, da in Steinheim einerseits Schüler der Nachbargemeinden das Angebot mitnutzen, anderseits die Stadt nicht über ein Gymnasium verfügt und ein Teil der Steinheimer Schüler somit grundsätzlich keine Steinheimer Schule besucht.

Die Altersgruppen ab den „jungen Erwachsenen“ können keiner Einrichtung direkt zugeordnet werden, erlauben aber eine Aussage zur Nachfragetendenz bei verschiedenen kommunalen Angeboten. Vor allem die „jungen Erwachsenen“ als mobile Gruppe, wie auch die Familiengründer, fragen städtisches Bauland oder andere Immobilienangebote nach. Die „Erwerbstätigen“ insgesamt sind für das Arbeitskräfteangebot, das der lokalen Wirtschaft zur Verfügung steht, wie auch für Überlegungen zu Pendlerbewegungen und Mobilität von Bedeutung. Für die Planung altengerechter Wohnangebote und der Einrichtungen für Pflege und Betreuung muss die Entwicklung der Altersgruppen über 65 Jahren betrachtet werden.

3.3 Zielsetzungen des Gemeinderats

Die Szenarien der Bevölkerungsentwicklung und deren Implikationen für die Kommunalpolitik wurden mit dem Gemeinderat ausführlich diskutiert. So wenig wie eine verbindliche Vorhersage der Einwohnerentwicklung möglich ist, kann diese Entwicklung genau gesteuert werden. Sehr wohl ist aber eine Festlegung möglich und sinnvoll, welche Entwicklung den Vorstellungen des Gemeinderats entspricht. Daher wurde als Ergebnis der Diskussion das Meinungsbild des Gemeinderats abgefragt.

Die Einwohnerzahl soll nach Willen des Gremiums stabilisiert werden, was unter Berücksichtigung des Einwohnerrückgangs aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, einer durchschnittlichen Nettozuwanderung von 22 Personen pro Jahr entspricht. Die Festlegung auf Bestandserhalt erlaubt es, die Konsequenzen dieser Zielsetzung an Hand der Altersstruktur genauer zu betrachten. Es ergibt sich ein Zuwachs von ca. 10% bei den Kindern U3, ein starker Rückgang von ca. 22% bei den Schülern (6 bis 18 Jahre), eine Zunahme der Gruppe der Familiengründer von ca. 11%, ein leichter Rückgang von ca. 8% der erwerbstätigen Jahrgänge insgesamt, sowie ein starker Anstieg bei den Senioren, hier wird ein Zuwachs von ca. 50% vorausberechnet.

Nutzergruppen	Jahre	Stand 29.12.2012	Szenario1 18 / 18	Szenario2 58 / 58	Szenario3 0 / 0	Szenario4 22 / 22	Szenario5 -20 / -20	
			hreibung letzte 5	hreibung letzte 10	Eigenentwicklung	Bestandserhalt	Abwanderung	
		2012	2030	2030	2030	2030	2030	
Krippe	< 1	101	110	122	105	111	99	+9,7%
U-3 Betreuung	1-2	204	221	245	210	223	198	
Ü-3 Betreuung	3-5	355	337	375	320	341	301	
Grundschule	6-9	501	439	487	417	444	393	-22,3%
Weitf. Schulen	10-18	1294	942	1026	904	951	862	
Jugendliche	14-21	1164	843	909	813	850	780	
junge Erwachsene	21-30	1255	1322	1434	1272	1333	1215	+11,3%
Familiengründer	25-40	2050	2322	2574	2209	2347	2083	
Erwerbstätige	20-65	7407	6748	7303	6498	6803	6[illegible]	-8,1%
junge Senioren	66-75	1148	1748	1772	1737	1751	1725	+49,9%
Senioren	76-85	693	889	900	885	890	[illegible]	
Hochbetagte	> 85	206	427	433	424	428	421	

Abbildung 8: Altersstruktur bei "Bestandserhalt" 2012 und im Jahr 2030, Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Melderegisterdaten vom 29.12.2012

4 Wohnbauentwicklung

4.1 Grundlagen der Bedarfsermittlung

Die kommunalpolitische Zielsetzung, den derzeitigen Einwohnerstand zu halten, bedeutet nicht, dass keine neuen Flächen für Wohnungsbau benötigt würden. Der Grund liegt in der sinkenden Belegungsdichte, also der kontinuierlichen Abnahme der durchschnittlichen Zahl von Bewohnern pro Wohneinheit: Für die gleiche Einwohnerzahl werden so immer mehr Wohnungen benötigt.

Um die nachfolgend dargelegten planungsrechtlichen Vorgaben nachvollziehen zu können, ist eine Betrachtung der Entwicklung auf Landesebene hilfreich. Die Belegungsdichte sank im Landesdurchschnitt in den letzten 20 Jahren im Mittel um 0,70%, in den letzten 10 Jahren um 0,41%.

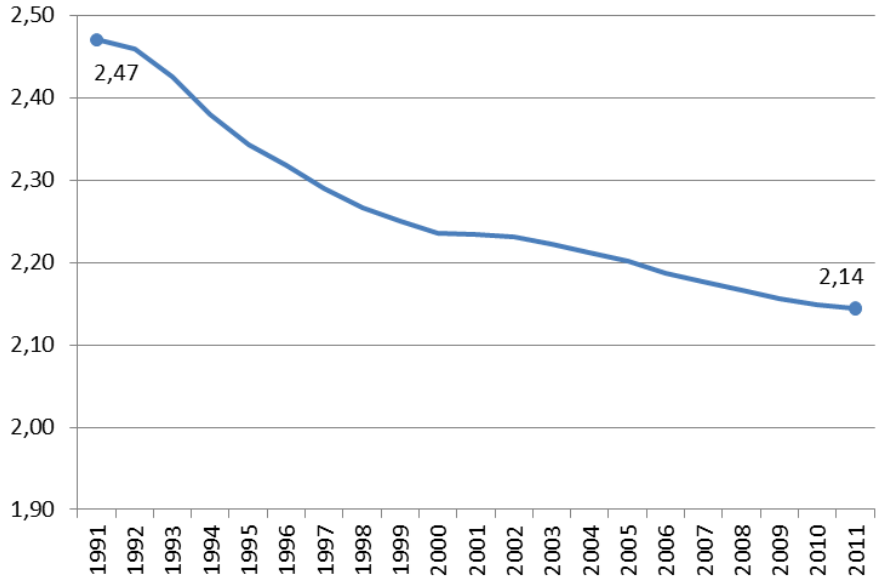


Abbildung 9: Entwicklung der Belegungsdichte (Bewohner pro Wohneinheit) in Baden-Württemberg von 1991 bis 2011, Quelle: eigene Berechnung auf Basis von Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Stand 2013

In der Stadt Steinheim war diese Entwicklung deutlich stärker ausgeprägt, die Haushaltsgrößen sanken schneller, der Bedarf neuer Wohneinheiten war damit höher.

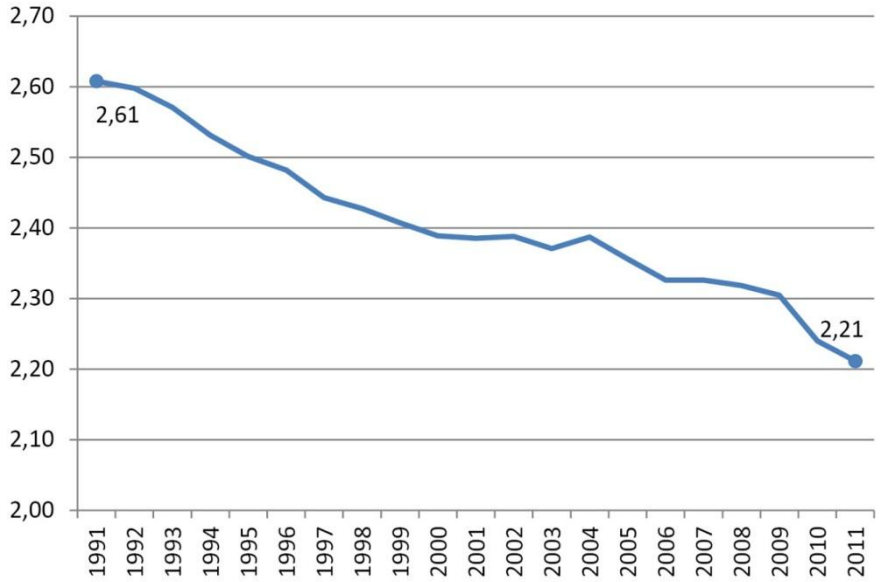


Abbildung 10: Entwicklung der Belegungsdichte (Bewohner pro Wohneinheit) in Steinheim von 1991 bis 2011, Quelle: eigene Berechnung auf Basis von Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Stand 2013

Als landespolitische Vorgabe und mit ausdrücklichem Verweis auf die Bodenschutzklausel des Baugesetzbuches (BauGB § 1a Abs. 2) ist für die Bedarfsermittlung im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung (also z.B. bei der Neuaufstellung oder Fortschreibung von Flächennutzungsplänen) von einem Ergänzungsbedarf aus Rückgang der Belegungsdichte von 0,3 % pro Jahr auszugehen (Plausibilitätsprüfung der Bauflächenbedarfsnachweise im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach §§ 6 und 10 Abs. 2 BauGB vom 23.05.2013).

Auf Grund der politischen Zielsetzung, die Flächeninanspruchnahme zu reduzieren, wird also ein deutlich niedrigerer Wert für den Rückgang der Belegungsdichte (und damit ein geringerer Ergänzungsbedarf von Wohnungen) vorgegeben, als die tatsächliche Entwicklung der vergangenen Jahre nahelegt: Dieser hinsichtlich der Flächeninanspruchnahme „optimistische“ Wert dient als Grundlage für die nachfolgenden Berechnungen zum Bedarf in Steinheim, da Berechnungsgrundlage bei allen weiteren Planungen, wie z.B. der Fortschreibung des Flächennutzungsplans.

Als zweiter Einflussfaktor, neben dem Ergänzungsbedarf aus dem Rückgang der Belegungsdichte, muss die vorausgerechnete Entwicklung der Einwohnerzahl berücksichtigt werden, da deren Schwankung ebenfalls den künftigen Bedarf direkt beeinflusst. Um die Konsequenzen der unterschiedlichen Szenarien auch für den Wohnflächenbedarf darzustellen, wurde für alle 5 Szenarien der Einwohnerentwicklung eine Berechnung des resultierenden Wohnflächenbedarfs durchgeführt.

Für die Ermittlung des tatsächlichen Flächenbedarfs aus Veränderung der Einwohnerzahl, wird der Wert der Bruttowohndichte benötigt, d.h. eine Angabe, wie viele Einwohner bei künftigen Planungen pro Fläche anzusetzen sind. Hier wird die Vorgabe des Regionalplans 2009 Region Stuttgart angesetzt. Für Steinheim als auf Eigenentwicklung beschränkte Kommune ist ein Wert von 55 Einwohner/ha anzusetzen.

4.2 Wohnflächenbedarf

Ziel der nachfolgenden Berechnungen ist es, den Bedarf zusätzlicher Wohnbauflächen, der im Außenbereich durch Neuausweisung von Baugebieten gedeckt werden muss, in Abhängigkeit von der Einwohnerentwicklung zu ermitteln.

Der allein aus dem Rückgang der Belegungsdichte resultierende Flächenbedarf bis zum Jahr 2030 ergibt sich aus dem derzeitigen Einwohnerstand, dem angenommenen Rückgang von 0,3% pro Jahr und dem Prognosezeitraum von 18 Jahren. Der Ergänzungsbedarf bis zum Jahr 2030 beträgt 11,78 ha.

EW Basisjahr	x	Faktor	x	Prognose-zeitraum	= Ergänzungsbedarf entspricht	= Zusätzlicher Flächenbedarf
12.001	x	**0,30%**	x	18	**648 EW**	**11,78 ha**

Abbildung 11: Berechnung Ergänzungsbedarf

Unter Berücksichtigung des oben errechneten Ergänzungsbedarfs und der Einwohnerentwicklung der 5 vorausberechneten Szenarien ergibt sich ein Bedarf an neuen Flächen zwischen -3,69 ha (rückläufiger Bedarf) und 14,63 ha.

	Szenario 1 -20 / -20	Szenario 2 0 / 0	Szenario 3 18 / 18	Szenario 4 22 / 22	Szenario 5 58 / 18
	Abwanderung	Eigenentwicklung	Fortschreibung letzte 5 Jahre	Bestandserhalt	Fortschreibung letzte 10 / 5 Jahre
Einwohnerzuwachs 2030	-851 EW	-447 EW	-83 EW	-2 EW	157 EW
Flächenbedarf für EW-Zuwachs	-15,47 ha	-8,13 ha	-1,51 ha	-0,04 ha	2,85 ha
Rückgang Belegungsdichte	11,78 ha	11,78 ha	11,78 ha	11,78 ha	11,78 ha
Bedarf an neuen Flächen	**-3,69 ha**	**3,65 ha**	**10,27 ha**	**11,74 ha**	**14,63 ha**

Abbildung 12: Flächenbedarf in Abhängigkeit der Einwohnerentwicklung (5 Szenarien)

Die so ermittelten Werte stellen den aus den beschriebenen Faktoren errechneten Gesamtbedarf dar, sie reduzieren sich um die vorhandenen Potentialflächen im Innenbereich. Diese Potentiale umfassen Baulücken und Brachflächen, sie wurden auf Basis der Bestandserhebung des Büros ZOLL Architekten Stadtplaner durch die Verfasser errechnet. Da diese Flächen auch bis zum Zieljahr 2030 aus verschiedenen Gründen nicht vollständig umgesetzt werden können, nicht zuletzt wegen der Bevorratung von Baugrundstücken durch private Bauherren, wurden nur 60% der erhobenen Flächensumme angerechnet. Für den nach Abzug dieser Potentiale verbleibenden Bedarf, der durch Ausweisung neuer Flächen im Außenbereich gedeckt werden muss, ergeben sich Werte zwischen einem Überangebot von 7,85 ha und einem tatsächlichen Bedarf von 10,47 ha.

	Potentiale Innenbereich
Wohnen: kurzfristig Verfügbar	2,32 ha
Wohnen: mittel- und langfristig verfügbar	3,39 ha
Mischgebiet: kurzfristig verfügbar	0,35 ha
Mischgebiet: mittel- und langfristig verfügbar	0,87 ha
Summe Potentiale im Innenbereich	**6,93 ha**
daraus 60% Aktivierung	4,16 ha

	Szenario 1 -20 / -20	Szenario 2 0 / 0	Szenario 3 18 / 18	Szenario 4 22 / 22	Szenario 5 58 / 18
	Abwanderung	Eigenentwicklung	Fortschreibung letzte 5 Jahre	Bestandserhalt	Fortschreibung letzte 10 / 5 Jahre
Einwohnerzuwachs 2030	-851 EW	-447 EW	-83 EW	-2 EW	157 EW
Flächenbedarf für EW-Zuwachs	-15,47 ha	-8,13 ha	-1,51 ha	-0,04 ha	2,85 ha
Rückgang Belegungsdichte	11,78 ha	11,78 ha	11,78 ha	11,78 ha	11,78 ha
Bedarf an neuen Flächen	**-3,69 ha**	**3,65 ha**	**10,27 ha**	**11,74 ha**	**14,63 ha**
abzgl. Potentiale im Innenbereich (60% Anrechnung)	4,16 ha	4,16 ha	4,16 ha	4,16 ha	4,16 ha
verbleibender Bedarf	**-7,85 ha**	**-0,51 ha**	**6,11 ha**	**7,58 ha**	**10,47 ha**

Abbildung 13: Ermittlung Flächenbedarf unter Anrechnung der Potentiale im Innenbereich, Quelle: eigene Erhebungen

4.3 Entwicklungsperspektiven

Der Vergleich mit den Nachbargemeinden zeigt, dass die Stärken Steinheims vor allem in der Rolle als Wohnstadt liegen; die Bürgerbefragung zeigt eine hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität. Der gewerblich-industrielle Bereich ist in den Nachbargemeinden teilweise deutlich besser aufgestellt, sowohl bezüglich des Arbeitsplatzangebots, als auch hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen. Relativ viele Steinheimer pendeln in die Nachbarkommunen, um dort ihrer Arbeit nachzugehen. Auch das kommunale Steueraufkommen bestreitet sich nur zu einem vergleichsweise geringen Teil aus den Gewerbesteuereinnahmen.

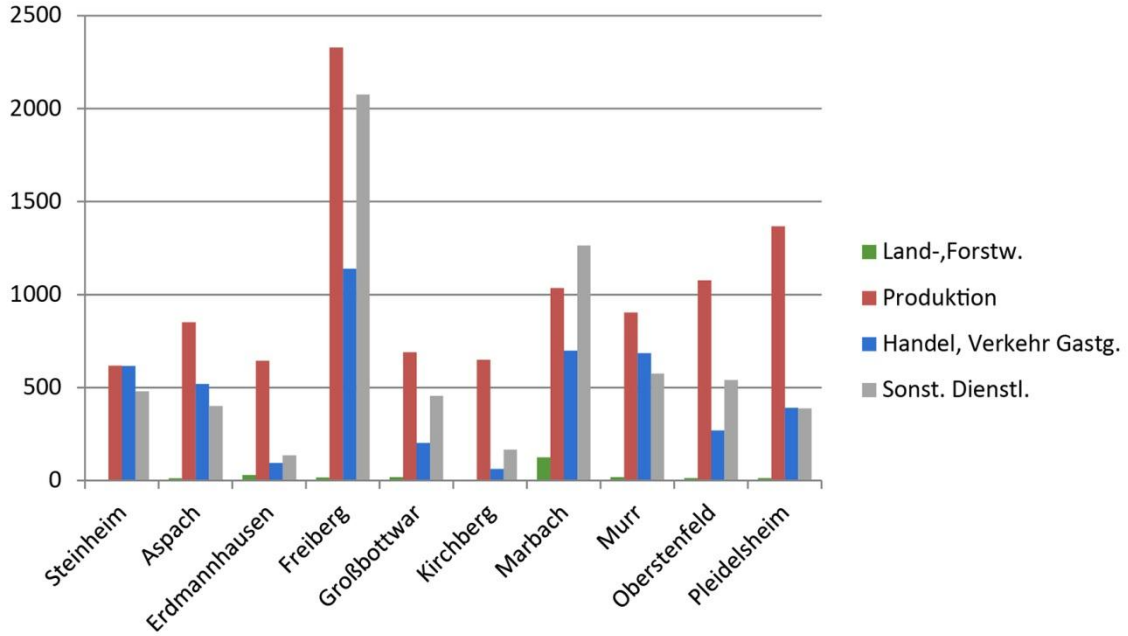


Abbildung 14: Regionaler Vergleich der Arbeitsplätze nach Wirtschaftsbereichen, Quelle: eigene Berechnung auf Basis von Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Stand 2013

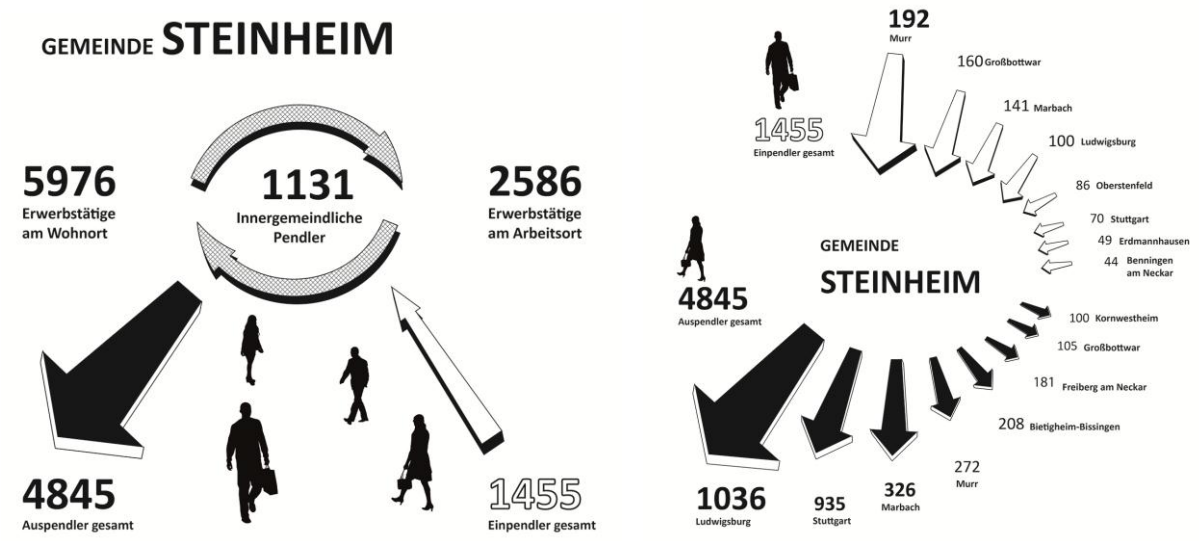


Abbildung 15: Pendlerverflechtungen Stadt Steinheim, Quelle: eigene Berechnung auf Basis von Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Stand 2009

In Übereinstimmung mit der Zielsetzung „Bestandserhalt“ des Gemeinderats, die von einem durchschnittlichen Nettogewinn von 22 neuen Einwohnern im Jahr, als Ausgleich für die rückläufige natürliche Bevölkerungsentwicklung ausgeht (siehe Kapitel 3.3), sollte die Stadt sich strategisch als Wohnstandort positionieren. Ein Blick auf das Umfeld der Stadt zeigt, dass Steinheim vergleichsweise gut mit Wohnbauflächen ausgestattet ist. Der direkte Nachbar Murr und auch weitere Umlandgemeinden verfügen über deutlich geringere Reserven.

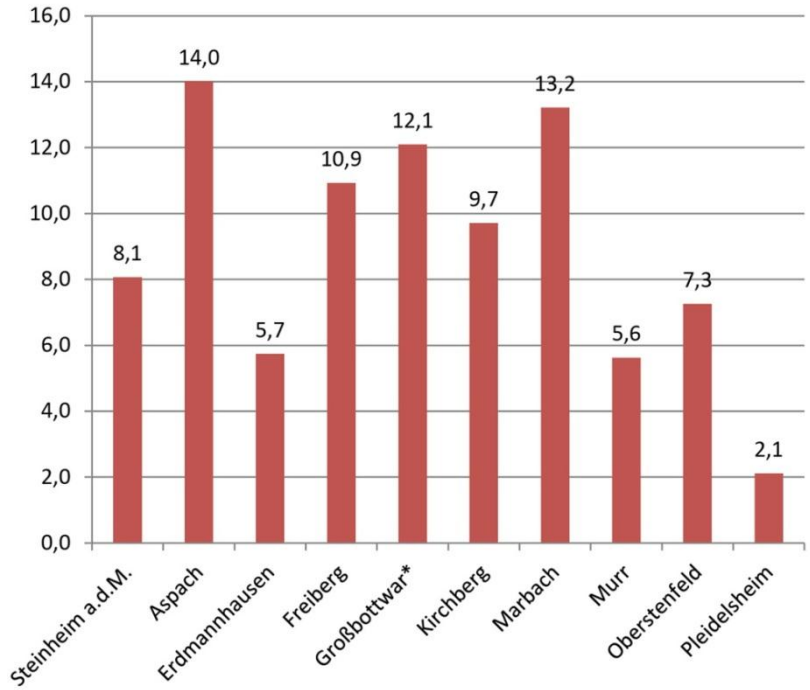


Abbildung 16: Flächenreserven Steinheim und Umland, Quelle: Geoportal Raumordnung Baden-Württemberg, Stand 2013, eigene Erhebungen, *Flächennutzungsplanung in Großbottwar in Fortschreibung, 12,1 ha Planungsstand Juli 2013

Eine solche Zielsetzung macht es jedoch notwendig, den zu erwartenden Wohnbauflächenbedarf und die Flächenverfügbarkeit genauer zu analysieren und zu überlegen, wie diese Entwicklung zu gestalten ist.

	Steinheim gesamt
Wohnen: kurzfristig verfügbar	2,32 ha
Wohnen: mittel- und langfristig verfügbar	3,39 ha
Mischgebiet: kurzfristig verfügbar	0,35 ha
Mischgebiet: mittel- und langfristig verfügbar	0,87 ha
Summe Potentiale im Innenbereich	**6,93 ha**
daraus 60% Aktivierung	4,16 ha

Einwohner (29.12.2012), Ziel 2030	12.001
daraus Ergänzungsbedarf aus rückl. Belegungsdichte	11,78 ha
abzgl. Potentiale im Innenbereich (60% Anrechnung)	-4,16 ha
Bedarf an neuen Flächen	**7,62 ha**
vorhandene Planflächen im FNP	8,1 ha
Mehrbedarf (+)/Überhang (-)	**-0,5 ha**

Abbildung 17: Gesamtstädtischer Wohnflächenbedarf, Quelle: eigene Erhebungen

Unter der Annahme, dass die Einwohnerzahl erhalten bleiben soll, muss für den Flächenbedarf nur der Ergänzungsbedarf aus der rückläufigen Belegungsdichte von 11,78 ha berücksichtigt werden. Unter der Annahme, dass 60% oder 4,16 ha der Potentiale im Innenbereich zur Verfügung stehen, verbleibt ein Flächenbedarf von 7,62 ha. Dem steht ein Potential geplanter Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Steinheim von 8,1 ha gegenüber. D.h. auf gesamtstädtischer Ebene betrachtet, reichen die Flächenreserven der Stadt Steinheim bis zum Jahr 2030 für die Zielsetzung Bestandserhalt aus. Nach der obenstehenden Berechnung besteht im FNP ein Überangebot von 0,5 ha.

Dieser Ansatz geht von einer Umsetzung der Innenentwicklungspotentiale in relevantem Umfang aus. Dies bedeutet, dass der Schwerpunkt der Anstrengungen der kommunalen Wohnflächenpolitik auf Innenentwicklung liegen sollte. Um die hier getroffene Annahme von 60% zu erreichen, bedarf es intensiver Anstrengungen aller Akteure. Ein kommunales Flächenmanagement muss installiert, das Werkzeug des Baulückenkatasters zu einem strategischen Instrument zur bedarfsgerechten Flächenbereitstellung weiterentwickelt werden. Die verfügbaren Potentiale befinden sich zum überwiegenden Teil in Privatbesitz, Mobilisierungsstrategien für private Eigentümer müssen entwickelt werden. Die Stadt sollte durch entsprechende Planungen (Rahmenpläne, Bebauungspläne) mögliche Entwicklungen größerer Flächen anstoßen und aktiv begleiten.

Auch wenn die gesamtstädtische Betrachtung keinen Handlungsbedarf bei der Flächennutzungsplanung erkennen lässt, so zeigen sich bei genauerer Analyse durchaus Defizite auf Stadtteilebene. Die geplanten Wohnbauflächen liegen ausschließlich in den Stadtteilen, für Höpfigheim werden 4,3 ha, für Kleinbottwar 3,8 ha vorgesehen. Tatsächlich benötigt werden neue

Flächen aber vor allem im Kernort Steinheim: Der Ergänzungsbedarf entsteht im Wesentlichen hier, wo der Schwerpunkt der Bevölkerung liegt. Der für den Bestandserhalt notwendige Zuzug neuer Einwohner kann auch am ehesten dann erreicht werden, wenn im interkommunalen Vergleich attraktive Wohnlagen in der Nähe der vorhandenen Infrastruktur angeboten werden können; eine Voraussetzung, die die Stadtteile nur bedingt erfüllen können und eher für eine Entwicklung im Kernort Steinheim spricht.

Im Ergebnis bedeutet dies, Flächen müssen in den Stadtteilen weiter bedarfsgerecht in geringerem Umfang ausgewiesen werden, gleichzeitig sollen aber auch neue Flächen im Kernort Steinheim geprüft werden. Nachfolgend wurde errechnet, welche Bedarfe sich für den Kernort und die Stadtteile ergeben, wenn man davon ausgeht, dass der Bevölkerungsstand auch je Teilort konstant bleiben soll. Für den Kernort Steinheim ergibt sich bei dieser Vorgabe ein Fehlbedarf von 5,3 ha bis zum Jahr 2030, in Höpfigheim besteht ein Überangebot von 3,2 ha, in Kleinbottwar von 2,5 ha. Eine eventuelle Fortschreibung des Flächennutzungsplans sollte dieser vom derzeitigen Planstand stark abweichenden Bedarfssituation Rechnung tragen.

	Steinheim	Höpfigheim	Klein-bottwar	Steinheim gesamt
Wohnen: kurzfristig verfügbar	1,65 ha	0,57 ha	0,10 ha	2,32 ha
Wohnen: mittel- und langfristig verfügbar	2,08 ha	1,01 ha	0,30 ha	3,39 ha
Mischgebiet: kurzfristig verfügbar	0,35 ha	0,00 ha	0,00 ha	0,35 ha
Mischgebiet: mittel- und langfristig verfügbar	0,41 ha	0,28 ha	0,18 ha	0,87 ha
Summe Potentiale im Innenbereich	**4,50 ha**	**1,86 ha**	**0,57 ha**	**6,93 ha**
daraus 60% Aktivierung	2,70 ha	1,12 ha	0,34 ha	4,16 ha
Einwohner (29.12.2012), Ziel 2030	8.137	2.211	1.653	12.001
daraus Ergänzungsbedarf aus rückl. Belegungsdichte	7,99 ha	2,17 ha	1,62 ha	11,78 ha
abzgl. Potentiale im Innenbereich (60% Anrechnung)	-2,70 ha	-1,12 ha	-0,34 ha	-4,16 ha
Bedarf an neuen Flächen	**5,29 ha**	**1,05 ha**	**1,28 ha**	**7,62 ha**
vorhandene Planflächen im FNP	0,0 ha	4,3 ha	3,8 ha	8,1 ha
Mehrbedarf (-)/Überhang (+)	**-5,3 ha**	**+3,2 ha**	**+2,5 ha**	**+0,5 ha**

Abbildung 18: Wohnflächenbedarf nach Stadtteilen, Quelle: eigene Erhebungen

Abbildung 19: Wohnflächenbedarf und -angebot nach Stadtteilen, Quelle: eigene Erhebungen

5 Soziale Infrastruktur

5.1 Ausgangslage

Abbildung 20: Infrastruktur in Höpfigheim, Kleinbottwar und im Kernort Steinheim, Quelle: eigene Erhebungen 2013

Das Infrastrukturangebot der Stadt konzentriert sich auf den Kernort Steinheim. Hier liegt das Schulzentrum mit den weiterführenden Schulen Blankensteinschule und Erich-Kästner-Realschule. Der Standort Grafenäcker im Westen des Kernorts bildet mit Kaufland und weiteren Angeboten den Schwerpunkt des Steinheimer Einzelhandels. Weitere Einzelhandelsangebote finden sich im Zentrum. Das Angebot in den Stadtteilen beschränkt sich auf kleine Nahversorger.

Weitere Angebote wie Museen, das Freibad Wellarium, Bücherei und Musikschule, Pflegeheim usw. stehen im Kernort zur Verfügung.

Ein flächendeckendes Angebot wird bei Kinderbetreuung und Grundschule vorgehalten, diese Einrichtungen sind jeweils auch in den Stadtteilen vorhanden. Weiterführende Schulen sind im Schulzentrum zusammengefasst.

Hauptsitz der Stadtverwaltung ist das Rathaus im Kernort Steinheim, das Rathaus Kleinbottwar ist Sitz des Stadtbauamts und einer Verwaltungsstelle, in Höpfigheim existiert ebenfalls eine Verwaltungsstelle.

5.2 Kinderbetreuung

	Belegte Plätze	Maximalkapazität
Steinheim	311 (30)	313 (30)
Höpfigheim	59 (4)	84 (10)
Kleinbottwar	58 (9)	60 (10)
Summe	**428 (43)**	**457 (50)**

Abbildung 21: Belegung und Kapazität der Kinderbetreuungseinrichtungen, Zahlen in Klammern: U3-Anteil der Summen, Quelle: Stadtverwaltung Stadt Steinheim, Stand 2013

Die Stadt Steinheim verfügt über sechs städtische Kinderbetreuungseinrichtungen, vier im Kernort Steinheim, jeweils eine in den Stadtteilen Höpfigheim und Kleinbottwar. Zusätzlich existiert in Höpfigheim eine Einrichtung in freier Trägerschaft, die hier ebenfalls berücksichtigt wurde. In allen Ortsteilen bestehen noch deutliche Kapazitätsreserven. Eine Ausnahme bildet die U3-Betreuung im Kernort Steinheim, hier gibt es keine freien Plätze mehr. Kurzfristig besteht also nur im Bereich der U3-Betreuung Handlungsbedarf.

Die Vorausrechnung der Nutzerzahlen bis zum Jahr 2030 für das Szenario „Bestandserhalt“ ergibt, dass bei den Kinderzahlen der Altersgruppe U3 auch langfristig von einer deutlichen Steigerung ausgegangen werden kann. Hinzu kommt, dass in der U3-Betreuung auf Grund gesellschaftlicher Faktoren mit steigenden Betreuungsquoten gerechnet werden muss. Unter der Zielsetzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine entsprechende Angebots- und Nachfrageentwicklung auch politisch gewollt. Dieses Angebot muss also laufend überprüft und bis zum Jahr 2030 voraussichtlich deutlich erweitert werden.

Die Kinderzahlen Ü3 werden leicht sinken, auch wird hier heute bereits eine hohe Betreuungsquote erreicht, von einer weiteren signifikanten Nachfragesteigerung ist nicht auszugehen.

Nutzergruppen	Jahre	Stand 29.12.2012	Szenario 4 22 / 22
		2012	2030
Krippe	< 1	101	111
U-3 Betreuung	1-2	204	223
Ü-3 Betreuung	3-5	355	341

Abbildung 22: Entwicklung der Nutzergruppen Kinderbetreuung, Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Melderegisterdaten vom 29.12.2012

Bei allen künftigen Überlegungen sollte unter der Prämisse, die Stadt als Wohnstandort in der interkommunalen Konkurrenz positionieren zu wollen, die Qualität der Kinderbetreuung im Vordergrund stehen. Kinderbetreuungseinrichtungen gelten als wichtiger Standortfaktor, gerade um die als Neubürger interessante Gruppe der jungen Familien zu gewinnen. Dies ist vor allem für die beiden Stadtteile mit ihren relevanten Bauflächenreserven von entscheidender Bedeutung. Das vorhandene, gut ausgebaute Angebot gilt es zu erhalten und veränderten Bedarfen (wie der zunehmenden Nachfrage nach verlängerten Öffnungszeiten (VÖ) oder Ganztagesangeboten (GT)) anzupassen.

5.3 Schulen

	Grundschule	Werkrealschule	Realschule	gesamt
Steinheim	323	269	610	**1202**
Höpfigheim	77			**77**
Kleinbottwar	80			**80**
Summe	**480**	**269**	**610**	**1359**

Abbildung 23: Belegung der Schulen, Quelle: Stadtverwaltung Stadt Steinheim, Stand 2013

Das umfangreiche schulische Angebot der Stadt Steinheim richtet sich nicht ausschließlich an die Wohnbevölkerung, die Stadt erfüllt darüber hinaus die Funktion eines Schulstandorts für die umliegenden Gemeinden. Das Schulzentrum Steinheim bietet, neben der Grundschule, als weiterführende Schulen die Realschule und die Werkrealschule; in den beiden Stadtteilen gibt es ein Grundschulangebot. Zusätzlich verfügt die Stadt über eine Sonderschule in Kleinbottwar in Trägerschaft des Landkreises, diese wurde bei den Schülerzahlen hier nicht berücksichtigt.

Für das Schulzentrum liegt mit dem Campus-Konzept eine durchgearbeitete Planung für die zukunftsweisende Weiterentwicklung vor. Infrastruktureinrichtungen sollen renoviert und verbessert werden, als neue Einrichtung wird eine Mensa vorgesehen, die als Voraussetzung für den Ganztagesbetrieb wichtig ist. Trotz angespannter öffentlicher Haushalte sollte die Umsetzung der Konzeption als wichtige Voraussetzung für die Weiterentwicklung des Schulstandortes mittelfristig erfolgen.

Nutzergruppen	Jahre	Stand 29.12.2012	Szenario 4 22 / 22
		2012	2030
Grundschule	6-9	501	444
Weitf. Schulen	10-18	1294	951

Abbildung 24: Entwicklung der Nutzergruppen Schulen, Quelle: eigene Berechnungen auf Basis der Melderegisterdaten vom 29.12.2012

Im Szenario „Bestandserhalt“ sinken die Zahlen der für das schulische Angebot relevanten Altersgruppen deutlich. Bei den Grundschulen bedeutet dies, dass die derzeitigen Kapazitäten künftig nicht in gleichem Maßen benötigt werden. Weniger präzise lässt sich dies für die weiterführenden Schulen sagen. Die Größe der Altersgruppe, die weiterführende Schulen besucht, entspricht nicht direkt den Schülerzahlen, da einerseits das örtliche Angebot von Schülern der umliegenden Gemeinden wahrgenommen wird, anderseits Steinheimer Schüler weiterführende Schulen außerhalb besuchen. Trotzdem kann hier von einer Korrelation in der Entwicklung ausgegangen werden, d.h. Realschule und Werkrealschule müssen ebenfalls mit rückläufigen Schülerzahlen rechnen. Aufgabe der nächsten Jahre wird es sein, eine Strategie zu entwickeln, um die Vielfalt und Qualität des Angebots unter Berücksichtigung aktueller landespolitischer Vorgaben zu erhalten. Wie bei der Kinderbetreuung muss dabei beachtet werden, dass das Vorhandensein einer Grundschule für die Stadtteile Höpfigheim und Kleinbottwar als Standortfaktor von Bedeutung ist.

5.4 Senioren

Die Vorausrechnung der Altersstruktur ergibt für das Szenario „Bestandserhalt“ bis zum Jahr 2030 eine deutliche Zunahme von ca. 50% bei der Gruppe der Senioren. Da diese Gruppe bezüglich des Wohnorts vergleichsweise wenig mobil ist und der Einflussfaktor Geburtenrate bei der Vorausrechnung wegfällt, ergeben sich hier sehr belastbare Zahlen. Die Zunahme um ca. 50% muss als kommunalpolitische Herausforderung akzeptiert und die Stadt entsprechend positioniert werden.

Die Gruppe lässt sich jedoch nicht direkt als Nutzer einer städtischen Infrastruktur zuordnen. Die zu erwartende Nachfrage verteilt sich auf eine Vielzahl von Angeboten und Dienstleistungen, die teilweise von anderen Altersgruppen mitgenutzt werden; auch sind neben der Stadt weitere, ganz unterschiedliche Akteure gefragt. Eine genaue Festlegung, welche Infrastrukturen in welchem Maße ausgebaut werden sollten, erscheint vor diesem Hintergrund nicht zielführend. z.B. hängt die Nachfrageentwicklung selbst bei der stationären Pflege von ganz unterschiedlichen Einflussfaktoren ab und lässt sich nicht für einen längeren Zeitabschnitt vorausrechnen. Für Einrichtungen des betreuten Wohnens und der Altenpflege gilt daher der Grundsatz, dass der Bedarf laufend beobachtet und das Angebot in enger Abstimmung mit allen Akteuren weiterentwickelt werden muss.

Seniorengerechte Stadtentwicklung erschöpft sich aber nicht in der bedarfsgerechten Bereitstellung von Wohn- und Pflegeangeboten. Die heutige Generation der Senioren will mehr denn je am gesellschaftlichen Leben teilhaben; dies zu ermöglichen gehört zu den die vordringlichen Aufgaben der Stadtentwicklung.

So muss der öffentliche Raum barrierefrei gestaltet werden; neben den Senioren kommt dies weiteren Nutzern zu Gute. Hinsichtlich der Barrierefreiheit darf sich das Verständnis des öffentlichen Raums nicht auf die Gestaltung von Straßen und Plätzen beschränken. Nahverkehrsangebote inkl. der Zustiegsmöglichkeiten müssen, inzwischen auch auf Grund gesetzlicher Vorgaben, entsprechend angepasst werden. Kommunale Einrichtungen sollten überprüft werden, damit sie allen Nutzern offenstehen; selbst bei städtischen Verwaltungsgebäuden ist dies noch nicht durchgängig der Fall. Auch Einzelhandels- und Dienstleistungsangebote sind oft für Menschen mit motorischen oder sensorischen Einschränkungen schwer oder gar nicht erreichbar, hier sind Immobilieneigentümer wie Inhaber gefragt und sollten durch eine öffentliche Diskussion für das Thema sensibilisiert werden.

Nahversorgung und medizinische Dienstleistungen müssen entsprechend dem steigenden Anteil älterer Mitbürger überprüft und weiterentwickelt werden. Dies kann nur in Kooperation mit privaten Akteuren gelingen und erfordert eine langfristige, konzeptionelle Herangehensweise.

Der Begegnung mit den jüngeren Generationen kommt durch den geringeren familiären Zusammenhalt eine erhöhte Bedeutung zu, von öffentlicher Seite sollte hierfür ein Rahmen geschaffen werden. Begegnungsangebote wie Bürgerhaus oder Bürgercafé kommen als Ansätze in Frage, Projekte zum Mehrgenerationenwohnen übertragen die Idee auf das Wohnumfeld.

Einer geänderten Nachfrage bei den Freizeitangeboten müssen vor allem die Vereine Rechnung tragen: Während junge Mitglieder ausbleiben, wächst die heute sehr mobile Gruppe der „jungen Senioren“ und bietet sich als Potential für neue Mitglieder an.

Wie der demografische Wandel insgesamt muss die Zielsetzung einer seniorengerechten Stadt als Querschnittsthema begriffen werden, das alle kommunalen Aufgabenfelder und Akteure betrifft. Nur so kann diese Herausforderung, die auf allen politischen Handlungsebenen auf uns zukommt, richtig beantwortet werden.

6 Die repräsentative Bürgerbefragung

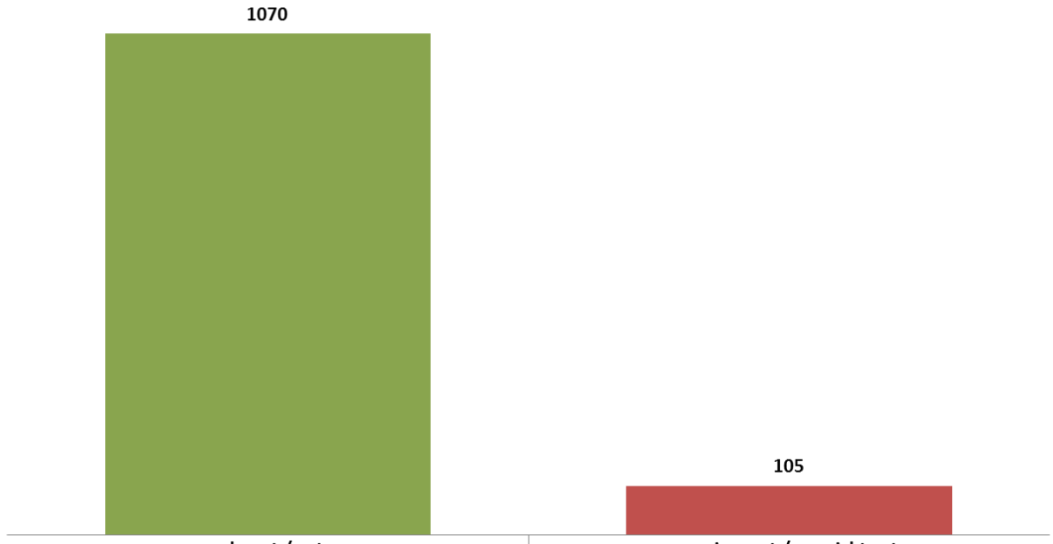
6.1 Methodischer Ansatz

Stadtentwicklung und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger können jeweils nur dann erfolgreich sein, wenn beides zusammengedacht wird. Das Meinungsbild der Bürgerschaft repräsentativ abzubilden ist das Ziel der Bürgerbefragung. Im kommunalen Alltag dringen die Meinungen einzelner Bürger nur verzerrt zu Politik und Verwaltung durch – meist begrenzt auf konkrete Anlässe oder in Form von Leserbriefen und Einzelmeinungen. Was denken aber die „Jugendlichen“, die „Seniorinnen und Senioren“ oder diejenigen, die sich bisher nicht zu Wort gemeldet haben, weil sie im Großen und Ganzen zufrieden sind? Diese Fragen sollen bewusst am Anfang eines Stadtentwicklungsprozesses beantwortet werden, deshalb wurde auch in Steinheim an der Murr eine repräsentative Bürgerbefragung durchgeführt.

Wie soll sich Steinheim an der Murr entwickeln? Welche Themen sind der Bürgerschaft besonders wichtig? Wo gibt es Probleme oder Verbesserungsbedarf? Die Meinungen von 2.416 Bürgerinnen und Bürgern wurden ausgewertet um Antworten auf diese Fragen zu finden. Die Rücklaufquote kann sich sehen lassen: 50,17 Prozent der Befragten haben die Mühe auf sich genommen und die 33 Fragen des Erhebungsbogens beantwortet. Es hat sich gelohnt! Die repräsentativen Ergebnisse spiegeln ein Bild wider, wie die Bürgerinnen und Bürger ihre Stadt sehen und zeigen auf, welche Themen als wichtig empfunden werden. Ein gelungener Start in das integrierte Stadtentwicklungskonzept Steinheim 2030.

6.2 Ergebnisse

Wie zufrieden sind Sie im Allgemeinen mit der Lebensqualität in Steinheim?

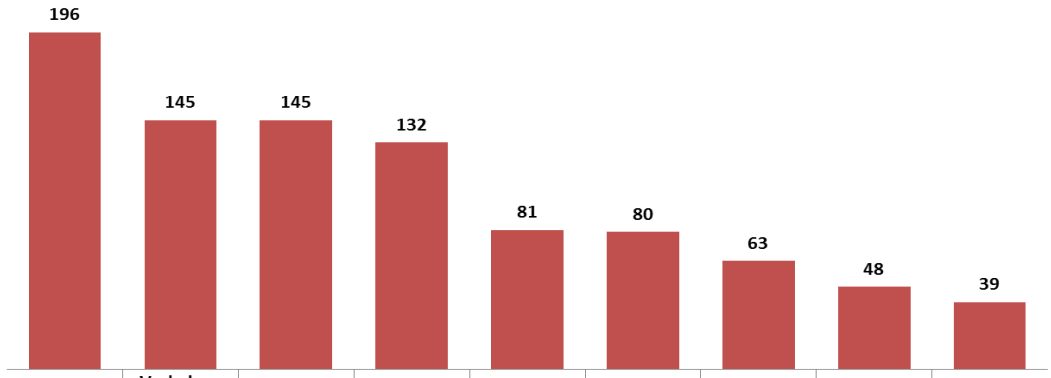


	sehr gut / gut	weniger gut / gar nicht gut
abs.	1070	105
in %	91,10%	8,90%

Das Ergebnis spricht für sich: Über 91 Prozent der Befragten empfinden die Lebensqualität in Steinheim an der Murr als „sehr gut“ oder „gut“. Dieser Wert wurde quer durch alle Altersstufen und Wohnorte („Steinheim“, „Kleinbottwar“ und „Höpfigheim“) erreicht. Bei den 75- bis 84-Jährigen sind sogar 96 Prozent dieser Meinung.

Mitbürgerinnen und Mitbürger mit nicht deutscher Staatsbürgerschaft sind sogar noch optimistischer im Votum: 96 Prozent der Befragten antworten mit „sehr gut“ oder „gut“.

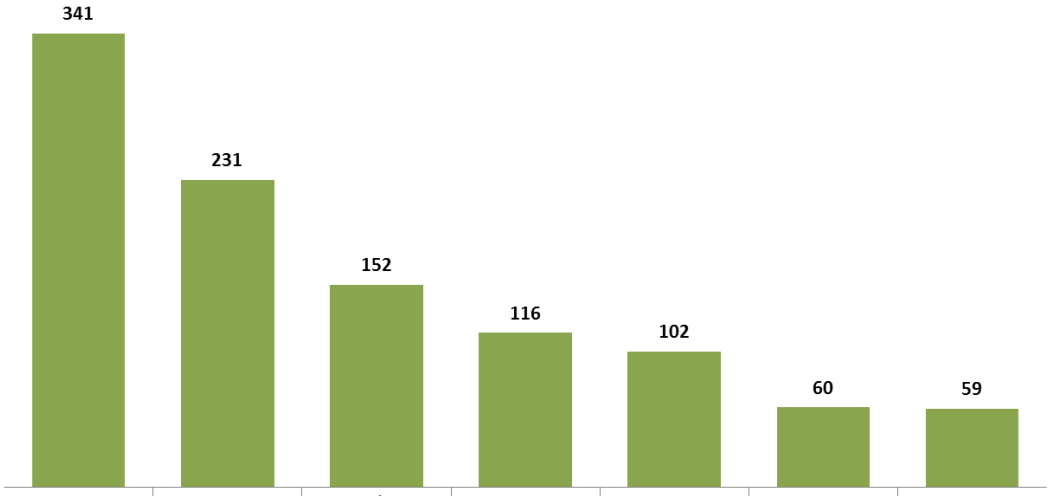
Was stört Sie an Steinheim besonders?



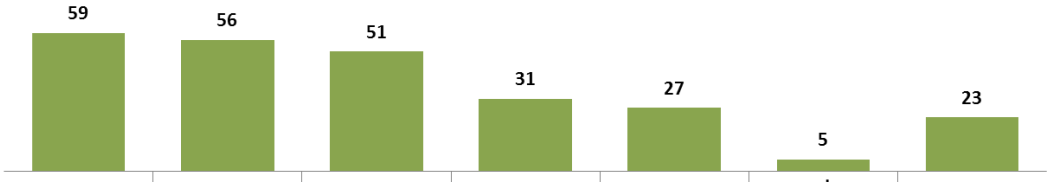
	Durchgangs-verkehr	Verkehrs-führung/ Ampel-schaltung/ Stau	Innenstadt leblos	schlechte/un-genügende Einkaufsmö-glichkeiten	schlechte Bus-anbindung	schlechte DSL-Anbindung	fehlender S-Bahn-Anschluss	Bürger-meister	Gemeinde-rat
abs.	196	145	145	132	81	80	63	48	39
in %	17,50%	12,90%	12,90%	11,80%	7,20%	7,10%	5,60%	4,30%	3,50%

Am störendsten wird in Steinheim der „Durchgangsverkehr“ wahrgenommen. Auch die zweithäufigste Nennung bezieht sich auf das Thema Verkehr: Hier werden explizit die „Verkehrsführung“, die „Ampelschaltung“ und die damit verbundenen „Staus“ genannt. In ähnlichem Ausmaß werden eine „leblose Innenstadt“ sowie „schlechte und ungenügende Einkaufsmöglichkeiten“ als Defizite genannt. Mit etwas Abstand folgen die übrigen Nennungen. Auffällig ist, dass in Höpfigheim die „schlechte Busverbindung“ sowie die „schlechte DSL-Anbindung“ als am störendsten empfunden werden. Betrachtet man die Ergebnisse differenziert nach Altersgruppen, so belegt auch bei den 21- bis 29-Jährigen die „schlechte Busanbindung“ Platz eins bei der Frage nach den größten Störfaktoren.

Was gefällt Ihnen an Steinheim besonders?



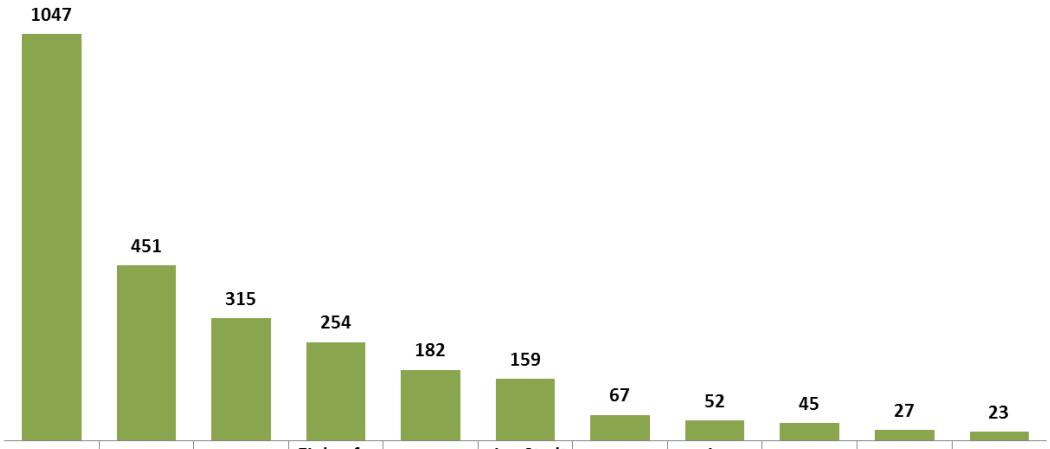
	Landschaft/ Umgebung	Freibad Wellarium	gute Einkaufsmöglich -keiten	Infrastruktur	liegt zentral zu Stgt. – LB – HN	Freizeit-/ Sportangebot	Ruhe
abs.	341	231	152	116	102	60	59
in %	26,00%	17,60%	11,60%	8,80%	7,80%	4,60%	4,50%



	dörflicher Charakter	Marktplatz/ Rathaus	Kaufland	gute Verkehrs-anbindung	Vereinsleben	gute Lebensmittel-versorgung	Sonstiges
abs.	59	56	51	31	27	5	23
in %	4,50%	4,30%	3,90%	2,40%	2,10%	0,40%	1,80%

„Landschaft und Umgebung“: Das sind Merkmale, mit denen Steinheim punkten kann. Dies wird in allen Altersstufen und Wohnorten einheitlich gesehen. Das Thema „Einkaufsmöglichkeiten“ ist differenziert zu betrachten. Insgesamt wird das Angebot eher als ausreichend empfunden – vielmehr wünscht man sich ein erweitertes Angebot in der Innenstadt.

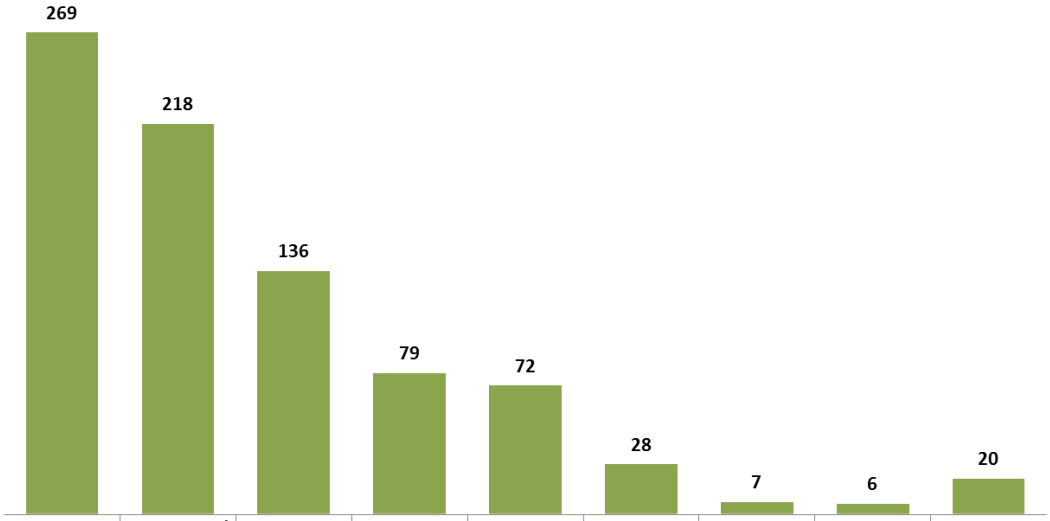
Welche Beschreibung trifft Ihrer Meinung nach am ehesten auf Steinheim zu?



	eine Stadt z. Wohnen und Leben	eine Sport- und Frei-zeitstadt	kinder u. familien-freund-liche Stadt	Einkaufs- und Dienst-leistungs-stadt	eine senioren-freund-liche Stadt	eine Stadt engagier-ter Bürger-innen und Bürger	eine Stadt zum Arbeiten	eine weltoffene Stadt mit kultureller Vielfalt	eine ökologisch orientierte Stadt	eine jugend-freund-liche Stadt	ein Wirt-schafts-standort
abs.	1047	451	315	254	182	159	67	52	45	27	23
in %	39,90%	17,20%	12,00%	9,70%	6,90%	6,10%	2,60%	2,00%	1,70%	1,00%	0,90%

Steinheim wird von seinen Bürgerinnen und Bürgern am häufigsten als eine „Stadt zum Wohnen und Leben“ beschrieben. Aber auch der Mehrwert einer „Sport- und Freizeitstadt“ wird in Steinheim deutlich wahrgenommen.

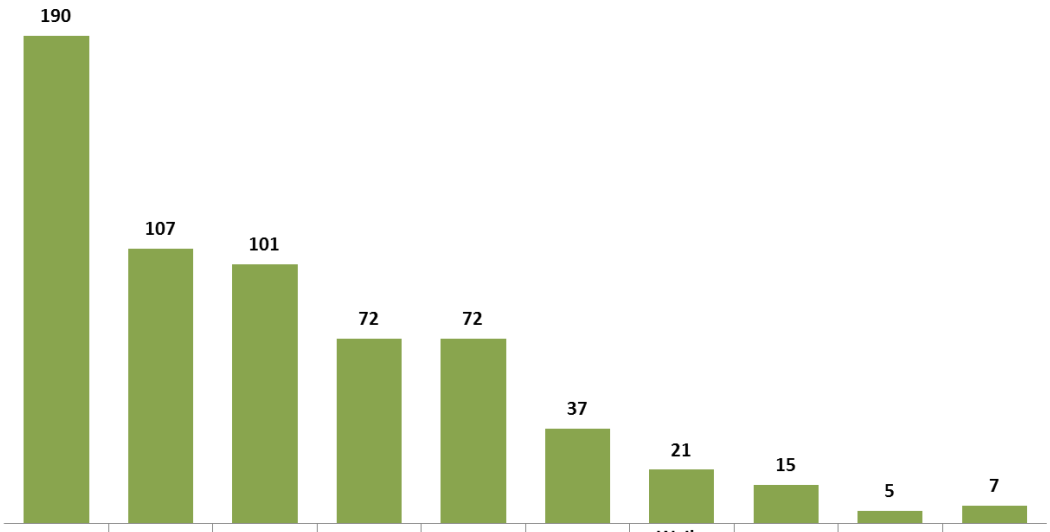
Bitte benennen Sie einen Ort, den Sie Ihren Gästen in Steinheim gerne zeigen.



	Urmensch-museum	Marktplatz/ Rathaus	Wellarium	Schloss/ Burg	Weinberge	Kleinbottwar	Bottwartal	Kaufland	Sonstiges
abs.	269	218	136	79	72	28	7	6	20
in %	32,20%	26,10%	16,30%	9,50%	8,60%	3,40%	0,80%	0,70%	2,40%

Insgesamt liegt das „Urmenschmuseum“ auf Platz eins. Wird nach dem Wohnort differenziert, so ist auffällig, das die Höpfigheimer ihren Gästen am liebsten das „Schloss Höpfigheim“ zeigen. Vergleicht man die Antworten der einzelnen Altersgruppen, so zählt bei den Einwohnerinnen und Einwohnern im Alter unter 30 das „Wellarium“ zu den beliebtesten Örtlichkeiten.

Bitte benennen Sie ein Ereignis, das Sie mit Steinheim vor allem verbinden.



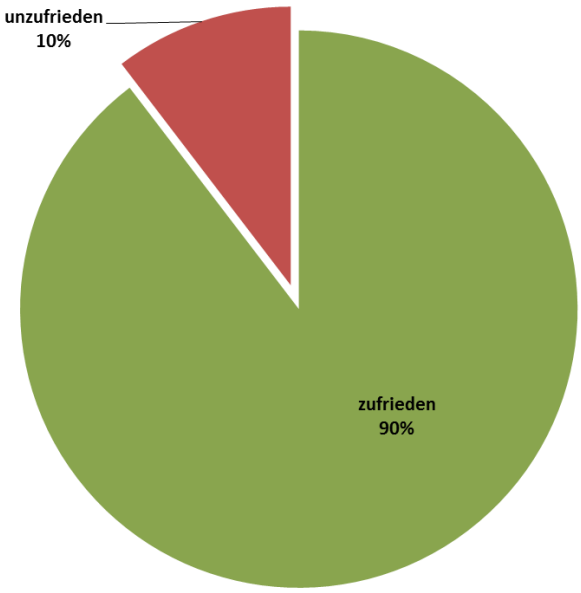
	Marktplatz-fest	Straßenfest	Feuerzang-enbowle	Marathon/ Triathlon	Urmensch-schädelfund	Wein-/ Kulturtage	Weih-nachts-markt	Steppi	Nichts	Sonstiges
abs.	190	107	101	72	72	37	21	15	5	7
in %	30,30%	17,10%	16,10%	11,50%	11,50%	5,90%	3,30%	2,40%	0,80%	1,10%

Wie bewerten Sie die Lebensbedingungen in Steinheim für…?

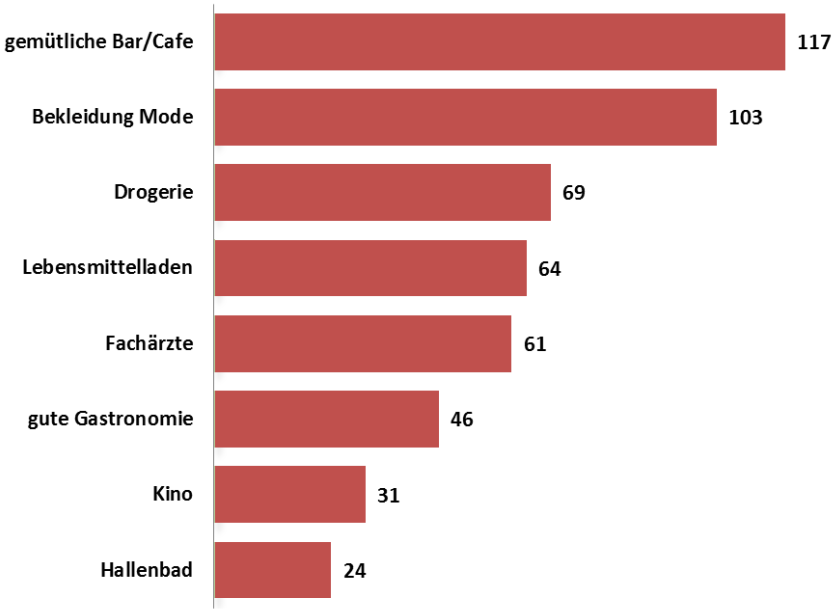
Die erzielten Werte bei „Familien“ und „Kinder“ sprechen für sich! Auch die Lebensbedingungen für „Seniorinnen und Senioren“ werden sehr gut bewertet. Die „Seniorinnen und Senioren“ empfinden die Lebensbedingungen für sich selbst sogar noch besser.

Deutlichen Nachholbedarf gibt es dagegen bei den Lebensbedingungen in Steinheim für „Jugendliche“. Die „Jugendlichen“ selbst sehen die Situation geringfügig besser. Auch die Lebensbedingungen für „Alleinstehende und Singles“ werden von den Befragten als weniger positiv bewertet als die Lebensbedingungen für die Gruppe der „Familien“ und „Kinder“.

Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer unmittelbaren Wohnumgebung, in der Sie leben?



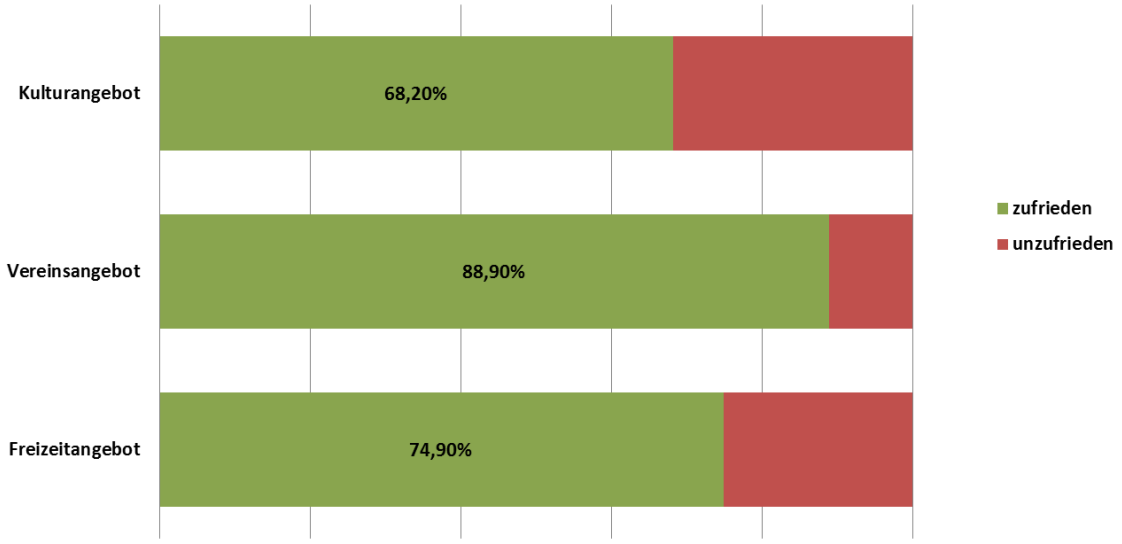
Welche Sortimente und/oder Betriebsformen vermissen Sie?



Insgesamt wird am meisten eine „gemütliche Bar“ oder ein „gemütliches Café“ vermisst. Werden die Antworten jedoch differenziert nach dem Wohnort betrachtet so ist festzustellen, dass die

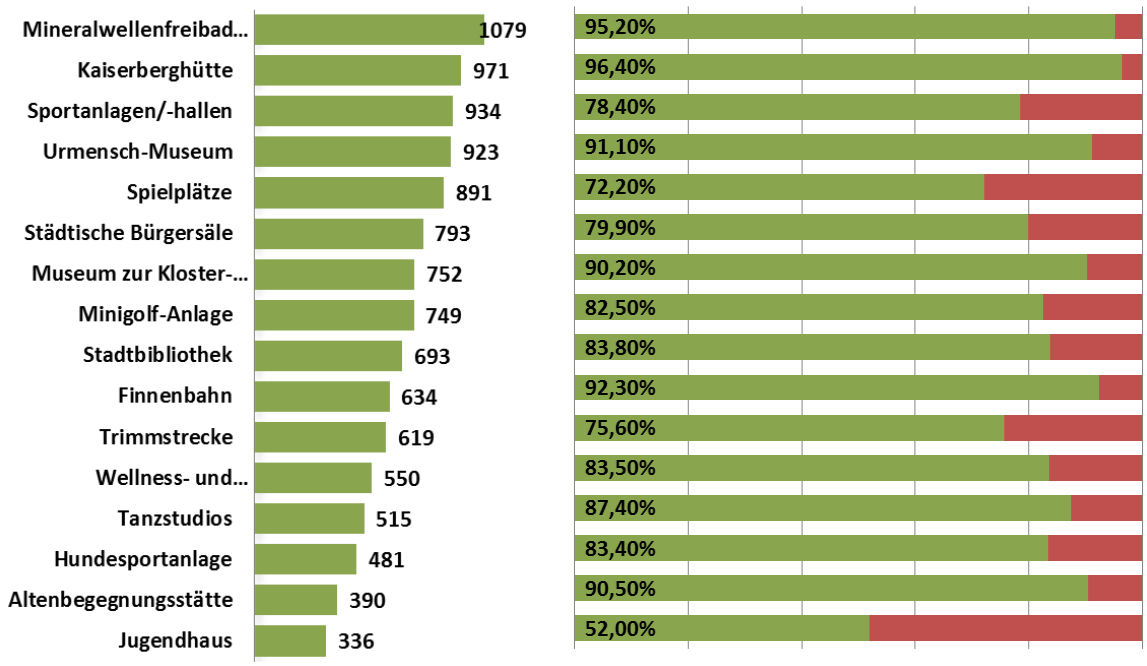
Einwohnerinnen und Einwohner von Kleinbottwar eine größere Angebotslücke bei „Bekleidung und Mode“ sehen und die Höpfigheimer am meisten einen „Lebensmittelladen“ vermissen.

Wie zufrieden sind Sie ganz allgemein mit dem Freizeit-, Vereins-, und Kulturangebot in Steinheim?



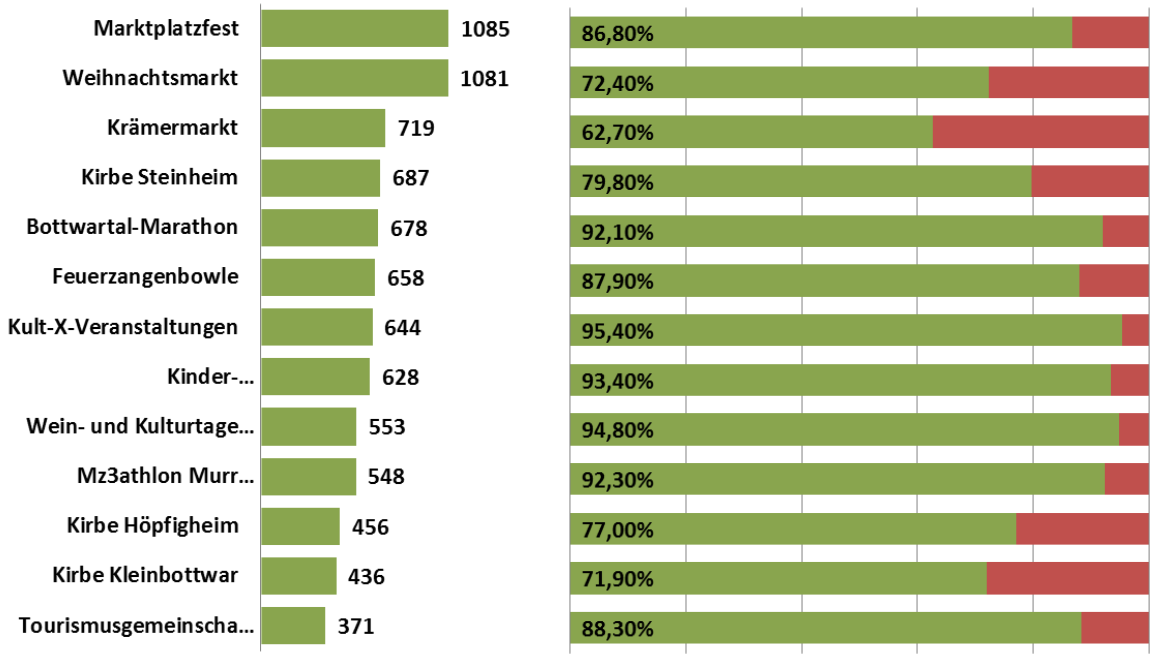
Insgesamt sind die Befragen zufrieden mit dem Kultur-, Vereins-, und Freizeitangebot. Eine Abweichung ist jedoch bezüglich der Staatsangehörigkeit zu erkennen. So sind über 50 Prozent der befragten Migrantinnen und Migranten mit dem vorhandenen Kulturangebot unzufrieden.

Welche der folgenden Einrichtungen haben Sie besucht, und wie zufrieden waren Sie mit dem Angebot?

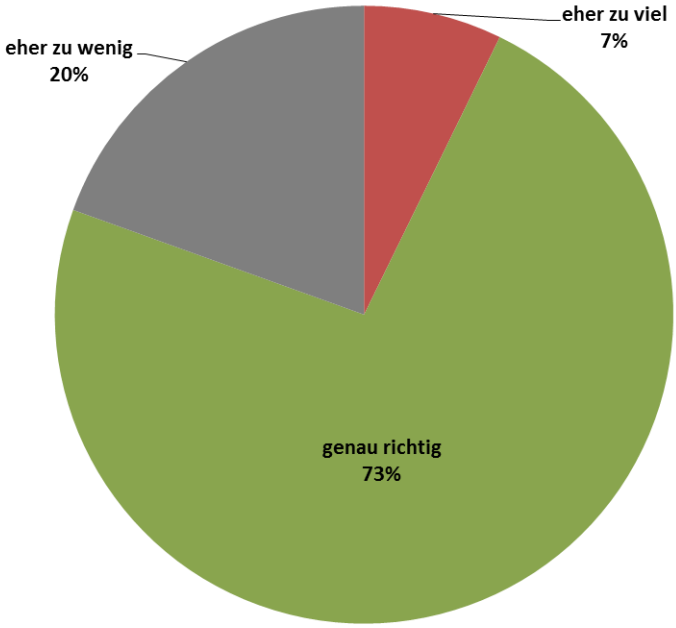


Die in Steinheim vorhandene Infrastruktur wird, bis auf eine Ausnahme, durchgehend positiv bewertet. Auch hier spiegelt sich das Defizit im Bereich der Jugendlichen wider. Das Jugendhaus wird nur von etwa jedem Zweiten positiv bewertet.

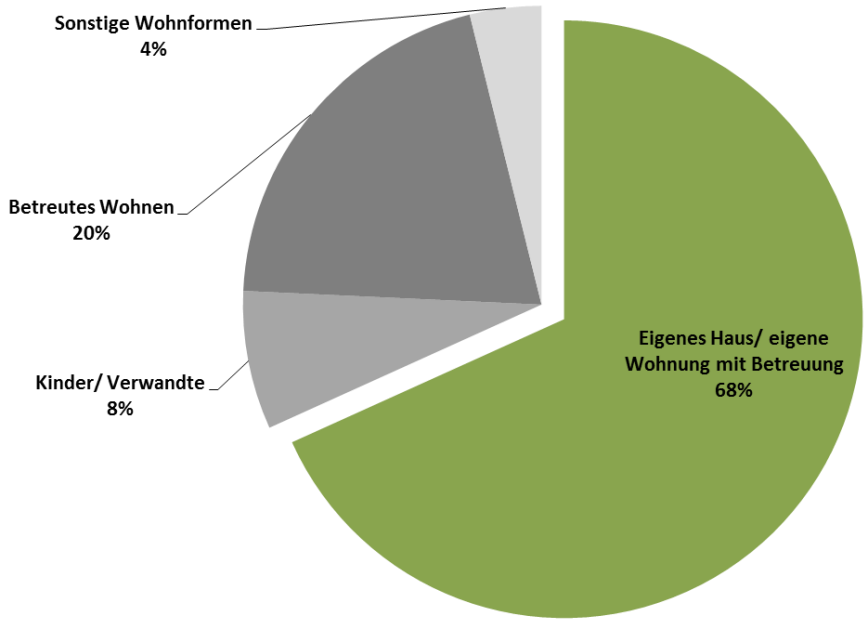
Welche der folgenden Veranstaltungen und Feste haben Sie besucht, und wie zufrieden waren Sie mit dem Angebot?



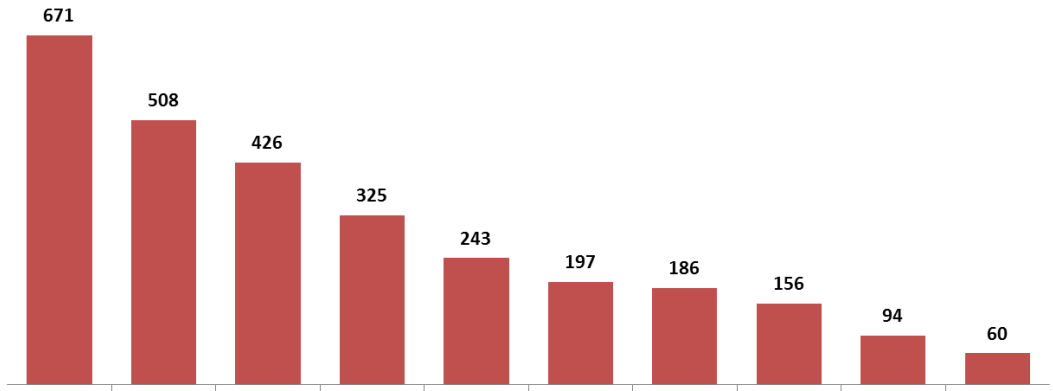
Halten Sie insgesamt die Anzahl an Veranstaltungen und Festen in der Stadt für eher zu viel, genau richtig oder eher zu wenig?



Stellen Sie sich vor, Sie könnten auf Grund Ihres Alters die täglichen Verrichtungen im Haushalt nicht alleine bewältigen. Wo würden Sie am liebsten wohnen?

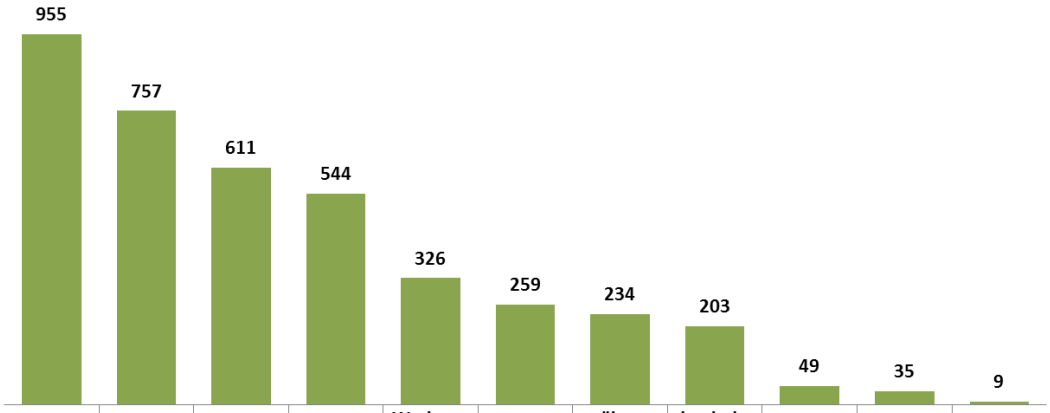


Welche Gründe in der Umgebung könnten dagegen sprechen, bis ins hohe Alter in Ihrer Wohnung oder Ihrem Haus zu bleiben?



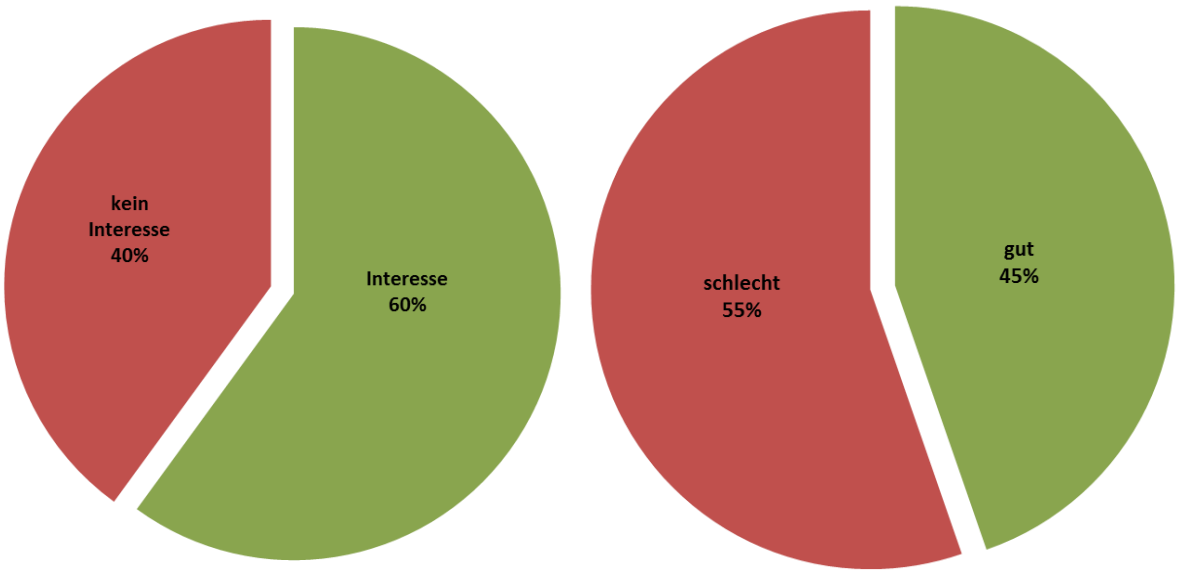
	weite Entfernung zum nächsten Lebens-mittel-geschäft	weite Entfernung zur Ärztin bzw. zum Arzt	Zugangs-wege (Treppen/ kein Lift, Hanglage)	weiter Weg zum Bus	fehlende private Mitfahrge-legenheit	Lärm/ Verkehr	weite Entfernung zu Kinder/ Familie	fehlende sichere Gehwege	fehlende soziale Dienste	Sonstiges
abs.	671	508	426	325	243	197	186	156	94	60
in %	23,40%	17,70%	14,90%	11,30%	8,50%	6,90%	6,50%	5,40%	3,30%	2,10%

Wie informieren Sie sich über das örtliche Geschehen?

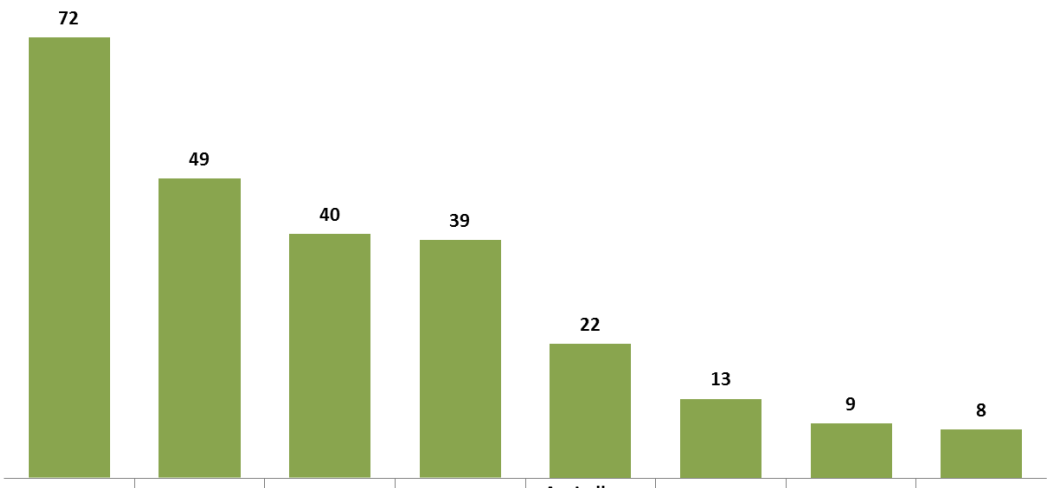


	Stein-heimer Nachrich-ten	über eine Tages-zeitung	durch Freunde/ Bekannte	durch ein Wochen-blatt	Werbung von Einrich-tungen/ Vereinen	durch städtische Öffentlich-keitsarbeit	über regionalen Rundfunk/ regionales Fernsehen	durch das Internetan-gebot der Stadt (incl. Facebook)	durch andere Angebote im Internet	Sonstiges	- überhaupt nicht
abs.	955	757	611	544	326	259	234	203	49	35	9
in %	24,00%	19,00%	15,30%	13,70%	8,20%	6,50%	5,90%	5,10%	1,20%	0,90%	0,20%

Interessieren Sie sich für die Kommunalpolitik und die Arbeit des Gemeinderates in Steinheim? Und wie gut fühlen Sie sich darüber informiert?

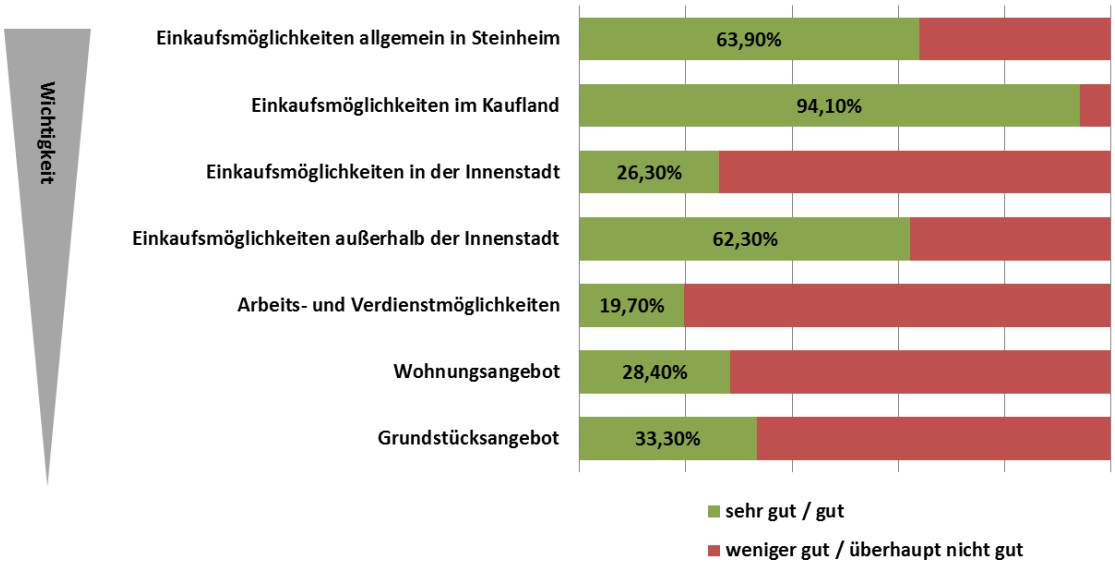


Zu welchen Bereichen oder Projekte in Steinheim hätten Sie gerne mehr Informationen?

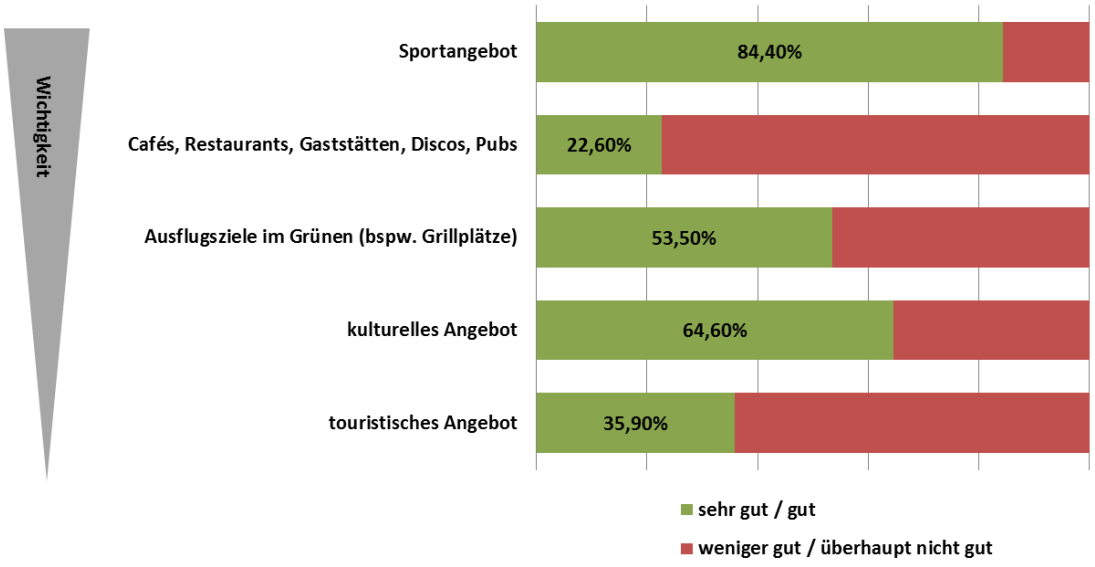


	Umgehungs-straße/ Straßenbau	Stadt-entwicklung	Kiga/Schulen	Bauprojekte	Ansiedlung neuer Geschäfte/ Gewerbe	ÖPNV	Jugendarbeit	Krone-Areal
abs.	72	49	40	39	22	13	9	8
in %	27,20%	18,50%	15,10%	14,70%	8,30%	4,90%	3,40%	3,00%

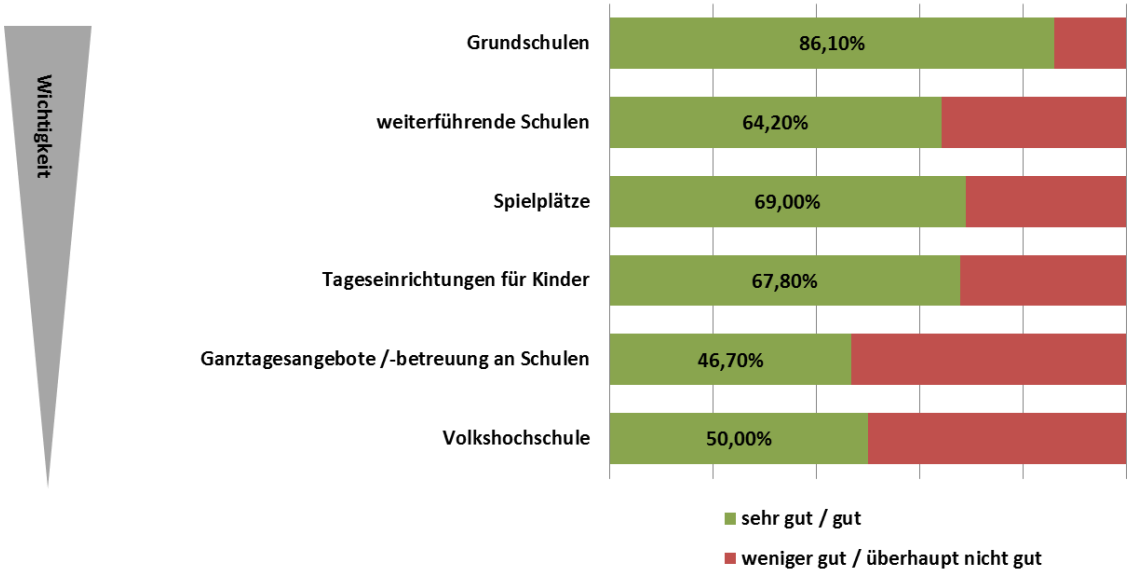
Wie bewerten Sie folgende Angebote in Steinheim? Themengebiet: Arbeiten, Einkaufen und Wohnen



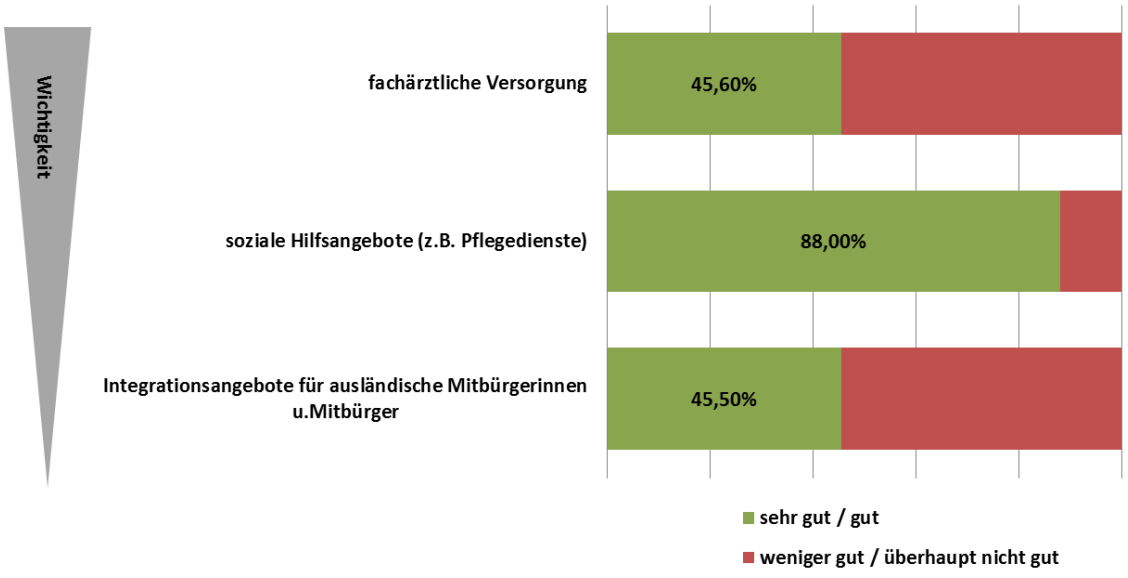
Wie bewerten Sie folgende Angebote in Steinheim? Themengebiet: Freizeit, Kultur und Tourismus



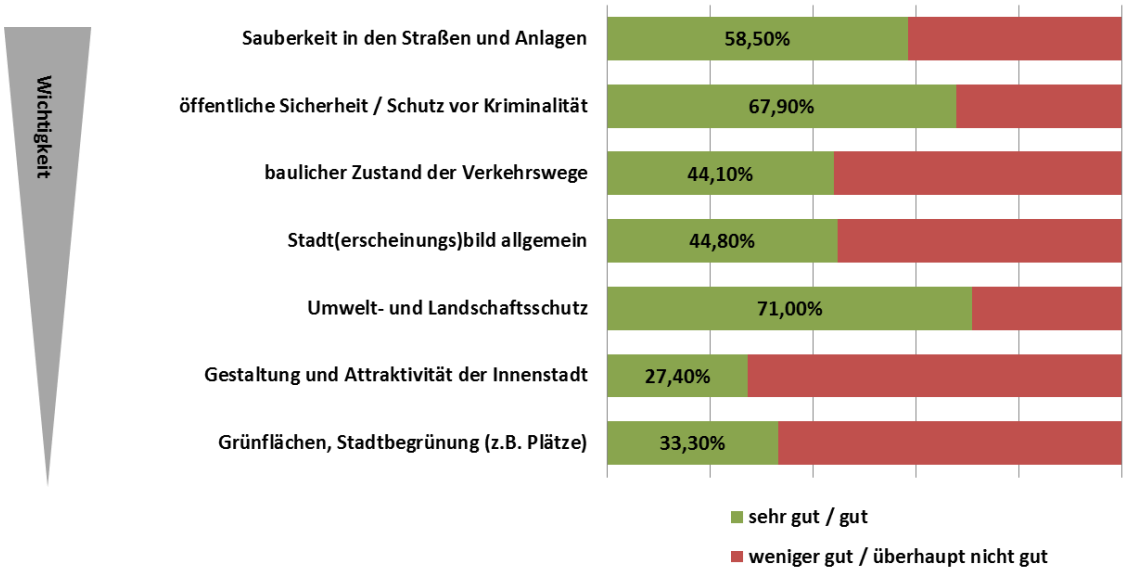
Wie bewerten Sie folgende Angebote in Steinheim? Themengebiet: Bildung und Betreuung



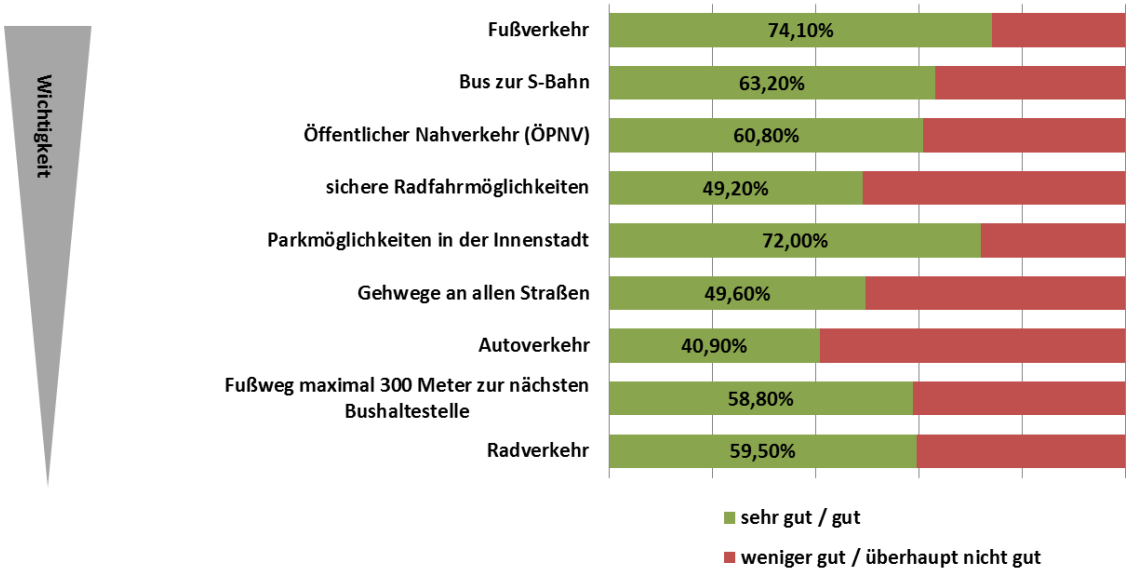
Wie bewerten Sie folgende Angebote in Steinheim? Themengebiet: Soziales



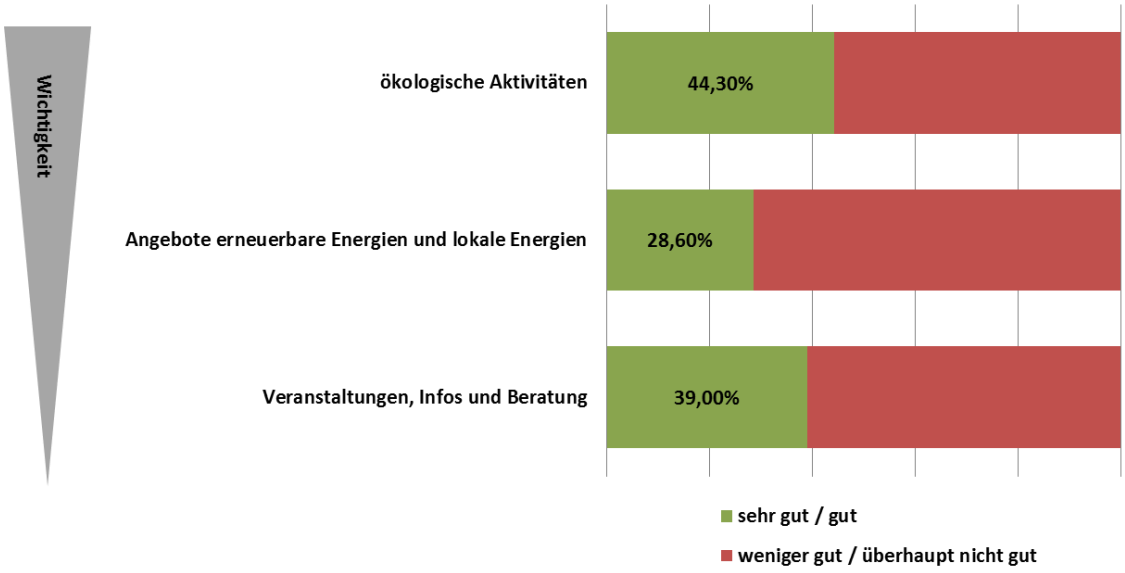
Wie bewerten Sie folgende Angebote in Steinheim? Themengebiet: Stadtbild, Sicherheit und Umwelt



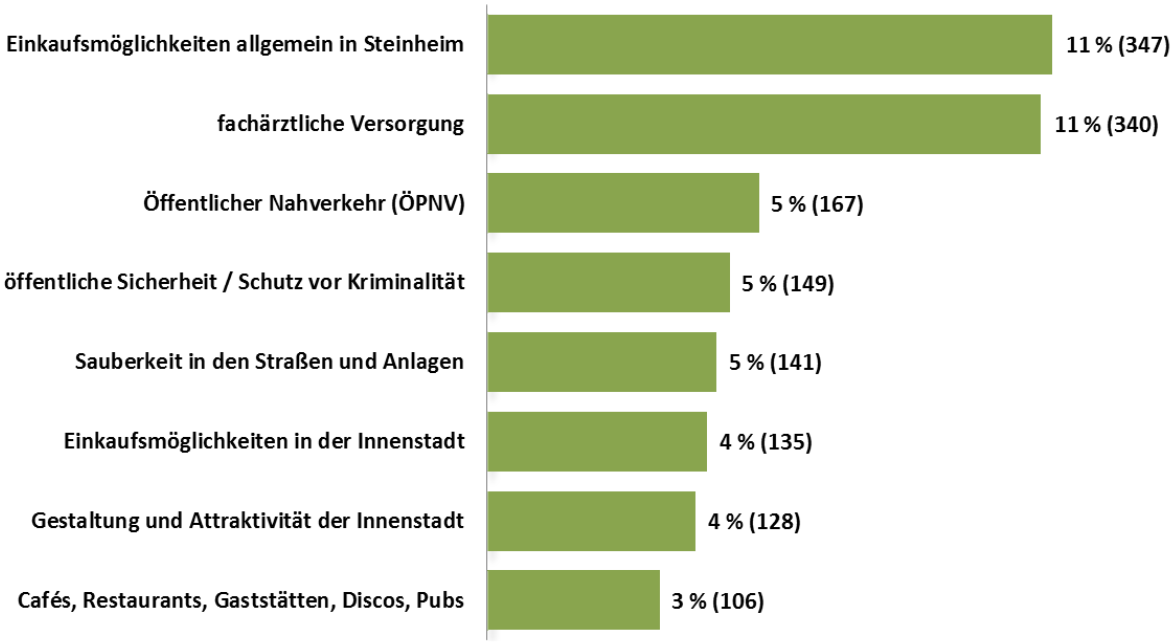
Wie bewerten Sie folgende Angebote in Steinheim? Themengebiet: Mobilität und Verkehr



Wie bewerten Sie folgende Angebote in Steinheim? Themengebiet: Energie und Klimaschutz

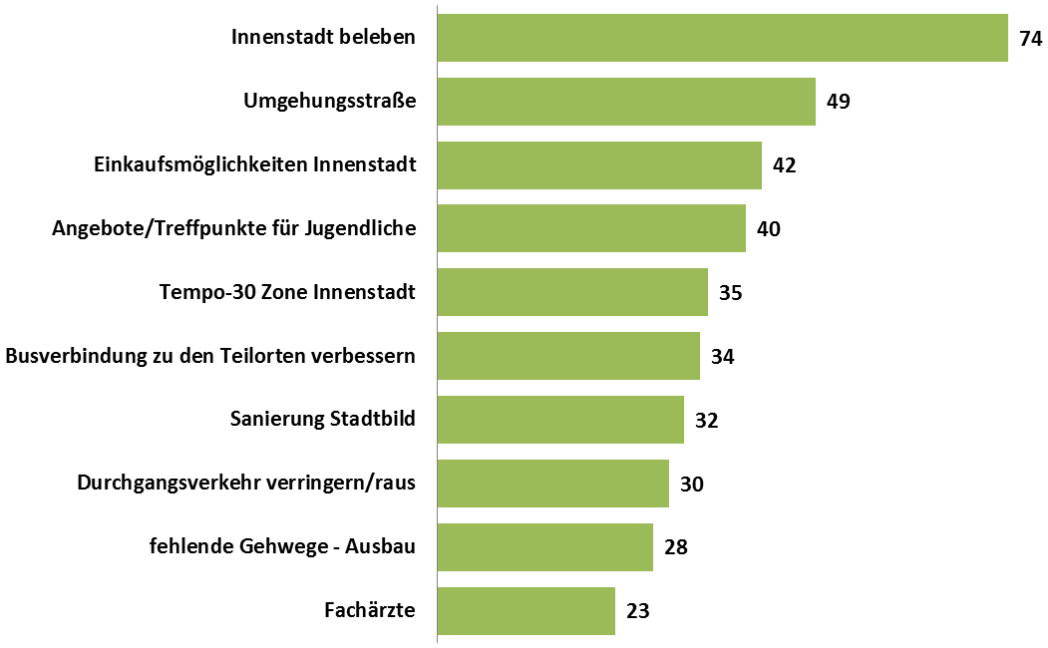


Welche Themengebiete halten Sie für die wichtigsten?



Als wichtigste Themengebiete in Steinheim werden „Nahversorgung und Einkaufsmöglichkeiten genannt“ sowie die „fachärztliche Versorgung“. Ergänzend zu Einkaufsmöglichkeiten wird erneut explizit auch die Aufwertung der Innenstadt genannt.

Welche Wünsche, Anregungen und Ideen haben Sie zur zukünftigen Entwicklung Steinheims?



Insgesamt lässt sich in Steinheim an der Murr eine „sehr hohe Lebensqualität“ für eine Stadt zum „Wohnen und Leben“ attestieren. Nachholbedarf gibt es bei den Lebensbedingungen für Jugendliche.

Die Kombination aus Landschaft, Sport- und Freizeitangebot (auch Wellarium), Infrastruktur und Einkaufsmöglichkeiten wird geschätzt. Als störender Faktor wird in erster Linie der Verkehr empfunden. Der Charakter von Steinheim an der Murr wird mit „freundlich in allen Lebenslagen“, „gemütlich“, „spießig“, „sauber“ und „sicher“ beschrieben.

Mit der Qualität der vorhandenen Infrastruktur in Steinheim an der Murr ist man sehr zufrieden. Neue Sortimente wünscht man sich vor allem den Bereichen Gastronomie (Bar/Café) sowie Bekleidung und Mode. Die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sorgen sich vor allem um die Erreichbarkeit von Lebensmittelangeboten und Ärzten.

Interesse an der Kommunalpolitik ist vorhanden – man wünscht sich mehr Informationen zu den Themen „Umgehungsstraße“ und „Stadtentwicklung“.

Wichtige Themen der Zukunft sind für die Bürgerinnen und Bürger der Erhalt und Ausbau der Einkaufsmöglichkeiten und die ärztliche Versorgung. Zudem wünscht man sich einen besseren ÖPNV und die Aufwertung der Innenstadt.

7 Die Bürgerbeteiligung

7.1 Methodischer Ansatz

Ein Stadtentwicklungskonzept kann nur dann in der Umsetzung ein Erfolg werden, wenn es von einer breiten Mehrheit der Stadtgesellschaft getragen wird. Die Methodik des iST 2030 trägt diesem Erfordernis in vielfacher Weise Rechnung. Als Prozessauftakt wurde eine repräsentative Bürgerbefragung durchgeführt, um das subjektive Meinungsbild der Bürgerinnen und Bürger zu erheben und in den fachlichen Analysen und der Diskussion mit Gemeinderat und Verwaltung berücksichtigen zu können.

Das wichtigste Beteiligungsangebot im Rahmen des dialogorientierten Planungsprozesses stellte die offene Bürgerbeteiligung im Herbst 2013 dar: Die Aufforderung an alle interessierten Steinheimer Bürgerinnen und Bürger, sich als eigentliche Experten kommunaler Fragestellungen aktiv mit ihren Wünschen, Vorschlägen und Ideen am Prozess des iST 2030 zu beteiligen. Das Angebot verfolgt zwei Ziele: Einerseits, Ergebnisse für den weiteren Prozess zu erarbeiten, anderseits aber auch, die Bürgerschaft über deren direkte Einbindung bei der Erarbeitung für die Unterstützung bei der Umsetzung des iST 2030 zu gewinnen: Von der Bürgerbeteiligung zum Bürgerengagement.

Grundlage der Bürgerbeteiligung bildete eine öffentliche Auftaktveranstaltung, deren Aufgabe es war, in Methodik und Ablauf des Stadtentwicklungsprozesses einzuführen und einen kurzen Abriss der bereits erarbeiteten fachlichen Analysen zu geben.

Bei den beiden Arbeitsterminen, mit rund 80 angemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmern in zwei Arbeitsgruppen, wurden in intensiver Diskussion eine Fülle von Ideen und Vorschläge erarbeitet. Die thematisch gegliederte Diskussion in den Gruppen wurde von den Büros Reschl und Höschele sowie ZOLL Architekten Stadtplaner moderiert und gemeinsam mit Herbert Schönfuß (Verkehr) fachlich begleitet. An Hand von Arbeitsplakaten wurden je Thema die diskutierte Ausgangslage, die erarbeiteten Ideen und die daraus entwickelten Umsetzungsansätze und Maßnahmen dokumentiert.

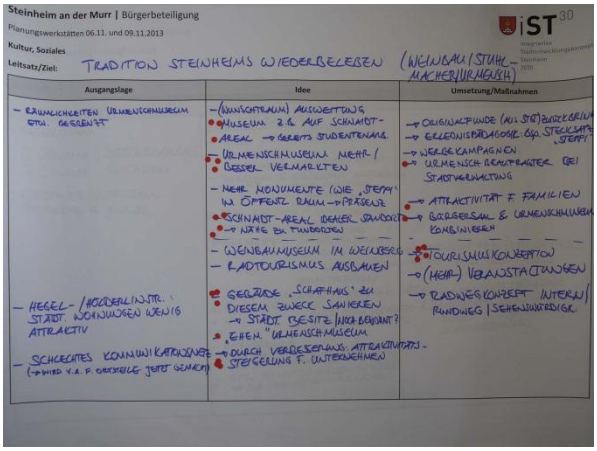


Abbildung 25: Arbeitstermin und Beispiel Arbeitsplakat zum Thema Kultur, Soziales

Die öffentliche Abschlussveranstaltung diente der Vorstellung der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen durch deren Sprecherinnen und Sprecher. Fragen aus dem Publikum wurden beantwortet, ein Teil

der Ergebnisse diskutiert. Für die Verwaltung gab Bürgermeister Thomas Rosner zu vielen Themen eine direkte Einschätzung und erläuterte, wie die Stadtverwaltung die Vorschläge weiterbearbeiten wird.

Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung bilden eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung des iST 2030, das sich weder allein auf die Sachkenntnis von Verwaltung und Gemeinderat, noch auf die Expertise der Fachbüros stützen kann. Zahlreiche Vorschläge aus der Bürgerschaft finden sich in den Projekten und Maßnahmen des Handlungsprogramms wieder. Eine aktive Beteiligung der Bürgerschaft bei der Umsetzung des iST 2030 ist eine Grundvoraussetzung für den Erfolg des Konzepts, eine solche Unterstützung kann nur erreicht werden, wenn es sich um ein bürgernahes, im Dialog erarbeitetes Handlungsprogramm handelt. Die offene Bürgerbeteiligung war hierfür ein wichtiger Schritt.

Abbildung 26: Abschlussveranstaltung im Foyer der Erich-Kästner-Realschule

7.2 Ergebnisse

Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung werden hier nur auszugsweise als kurze Übersicht wiedergegeben. Sie wurden als ausführliches Protokoll für die Arbeit der Fachplaner und der Verwaltung aufgearbeitet und dokumentiert. Zahlreiche Vorschläge finden sich direkt in den Projekten und Maßnahmen des Handlungsprogramms wieder.

Stadtgestaltung, Städtebau, Siedlungsentwicklung

Stadtkern, Stadtzentrum:

- Aufwertung der Stadtmitte, Baulücken/Brachen nachnutzen,
- Lange Mitte als Schwerpunkt für Einzelhandel, Bürgereinrichtungen und Verwaltung.

Baulücken, Baugebiete, Wohnen:

- Umfassendes/ganzheitliches Konzept für Baulücken ausarbeiten,
- Baugebiet „Junge Weinberge“ umsetzen.

Gewerbegebiete:

- Kreuzwegäcker vergrößern,
- Gewerbegebiete nach außerhalb verlagern, Umnutzung und Aufwertung des Gebiets Bahnhofstraße.

Landschaft, Freiraum:

- Wasser erlebbar machen, Murrterrassen, Spielplatz, Campingplatz,
- Radwegenetz entlang der Grünbereiche ausbauen,
- Grünes Band ausbauen (städtische Grünzüge, Fluss-/Bachläufe),
- Attraktivere Gestaltung der Ortseingänge.

Campus:

- Verbesserung Verkehrserschließung und Parkierung,
- Mehrfachnutzung der geplanten Schulmensa (z.B. als Seniorentreff, Café).

Verkehr

ÖPNV:

- Kleinbusse, Bürgerbuskonzept,
- Ergänzungsnetz Nahverkehr, Verknüpfungspunkte ausbauen und Taktzeiten und Frequenz verbessern,
- Höpfigheim, Horrenwinkel und die Neubaugebiete an den Busverkehr anbinden,

- S-Bahnanschluss in Steinheim, Bottwartalbahn reaktivieren.

Verkehr in Stadt, Knotenpunkte, Parkplatzsituation:

- Tempo 30 für bestimmte Bereiche bzw. die ganzen Stadt,
- Tempo stärker kontrollieren,
- Umgehungsstraße bauen,
- Parksituation in Steinheim verbessern (innerstädtisch, Ortsdurchfahrt Höpfigheim, Campus),
- Verkehrskonzept zur Lösung durchgängiger Probleme wie Überlastung der Ortsdurchfahrten, fehlende Fuß- und Radwegeverbindungen, Parkierung usw.,
- Lärmaktionsplan erstellen (örtlicher Verkehr und Autobahn),
- LKW-Fahrverbot in ganzer Stadt.

Fußgänger/ Fahrradfahrer:

- Fuß-, Fahrradwege schaffen/ausbauen, Fahrradständer,
- Erlebnispfade/ Themenwege anlegen.

Einzelhandel, Gewerbe, Gastronomie

Einzelhandel:

- Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt verbessern (Fachgeschäfte, Vollsortimenter, kleinerer Discounter),
- Kaufland nicht erweitern,
- Samstagsmarkt ausbauen.

Gastronomie:

- Neues Café, Bistro oder Kneipe im Zentrum, keine Nutzungen wie „Casino“.

Energie

- Solarenergie,
- Wasserkraft,
- Elektrische Busse.

Kultur und Soziales

Kultur, Museen:

- Veranstaltungen in Teilorten,
- Geschichte und Heimatpflege,

- Bestehendes Angebot besser vermarkten,
- Neue Angebote an anderen Orten (z.B. Urmenschmuseum verlagern, Weinbergmuseum, Open-Air-Kino).

Information, Tourismus:

- Neue Medien nutzen (vor allem bzgl. Zielgruppe Jugendliche),
- Stadtmarketing verbessern,
- Mehr Informationen für Touristen, Tourismuskonzept.

Vereine:

- Vereine als Stärke von Steinheim,
- Vereinsleben, Vereinsaktivitäten und Kooperation fördern.

Jugendliche:

- Treffpunkt für die Jugend schaffen, Jugendhaus besser ausstatten,
- Neue Angebote wie Bolzplätze, Skaterbahn zentrumsnah.

Senioren:

- Mehrgenerationenhäuser, Wohngemeinschaften,
- Betreutes Wohnen,
- Altenwohnen im Zentrum,
- Nahversorgung (Läden, Ärzte) in der Ortsmitte erhalten.

Demografie:

- Begegnungsstätte für alle Generationen in der Ortsmitte,
- Fitnessangebote für alle Generationen schaffen/ausbauen, Mehrgenerationen-Spielplätze,
- Bürger vernetzen, Plattformen schaffen (Bürger für Bürger),
- Barrierefreiheit.

Gemeinde, Verwaltung:

- Jugend-/ Ausländerbeirat im Gemeinderat,
- Offenes Ohr für Bürger/Bürgerfragestunde,
- Verantwortlicher Mitarbeiter für Stadtgestaltung,
- Partnerschaften mit anderen Städten.

7.3 Fokusgruppe Jugendliche

Da sich das Interesse an der Partizipation bei politischen Entscheidungsprozessen meist erst im Erwachsenenalter entwickelt und daher in den meisten Beteiligungsprozessen die Gruppe der Jugendlichen unterrepräsentiert ist, wurde im Rahmen des iST 2030 mit der „Fokusgruppe Jugendliche“ ein eigenes Beteiligungsangebot durchgeführt.

Die Fokusgruppe, die im März 2014 für rund 50 Schülerinnen und Schülern der Klassenstufe 9 der Blankenstein-Schule und der Erich-Kästner-Realschule angeboten wurde, verfolgte zwei Ziele. Einerseits diente sie dazu, Informationen aus Nutzersicht zu Qualität und Art der in Steinheim vorhandenen Jugendangebote zu bekommen und Gestaltungs- bzw. Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten. Anderseits bot sie die Möglichkeit, Jugendliche früh an kommunalpolitische Fragestellungen heranzuführen und auf diese Weise auf eine zukünftige Rolle als mündige, aktive Bürgerinnen und Bürger vorzubereiten.

Abbildung 27: Auftakt mit den Schülerinnen und Schülern im Plenum

Die halbtägige Veranstaltung gliederte sich in drei Phasen: Den gemeinsamen Auftakt, die nachfolgende Arbeitsphase und den gemeinsamen Abschluss, an dem Bürgermeister Thomas Rosner als Vertreter der Stadtverwaltung teilnahm.

Der Auftakt diente der Einführung in Zielsetzung und Methodik der Stadtentwicklung, sowie der Vorstellung der für die Arbeitsphase vorgesehenen Aufgaben. Während des Auftakts wurde eine Blitzumfrage zu Themen aus der Lebenswelt der Schüler durchgeführt, deren Auswertung beim gemeinsamen Abschluss vorgestellt wurde.

In der Arbeitsphase wurde mit den Schülern ihre Wahrnehmung der Stadt diskutiert. An Hand von vorab aufgenommenen Fotos stellten die Schüler ihre „Lieblingsorte“ und „Unorte“ vor, diese wurden zusammen mit den regelmäßig genutzten „Alltagsorten“ in einem Stadtplan markiert und das Ergebnis interpretiert. Als häufige Lieblingsorte wurden das Wellarium, bei den Jungen die Sporteinrichtungen genannt. Wichtig sind Rückzugsräume, d.h. Orte, an denen man ohne Eltern bzw. Aufsichtspersonen seinen Hobbies nachgehen kann.

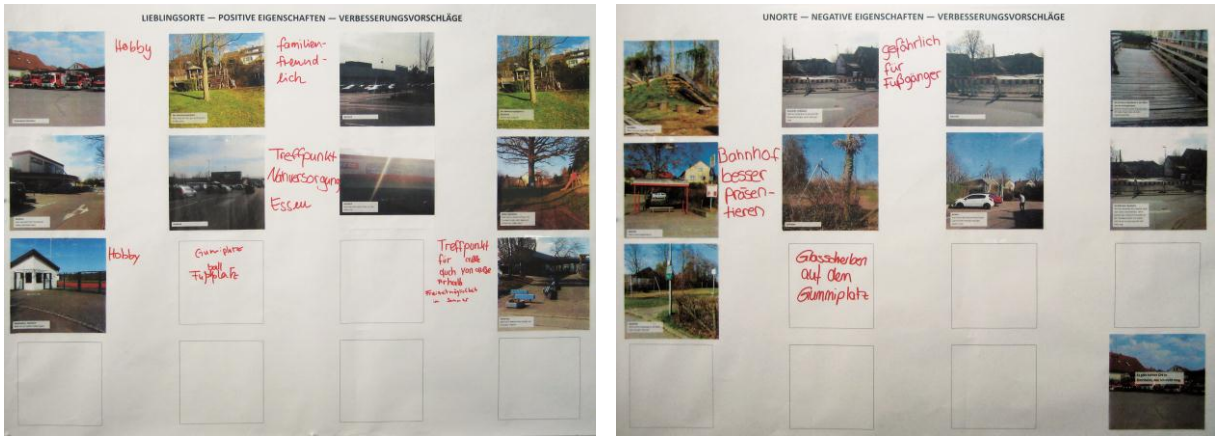


Abbildung 28: Beispiel Lieblingsorte (links) und Unorte (rechts)

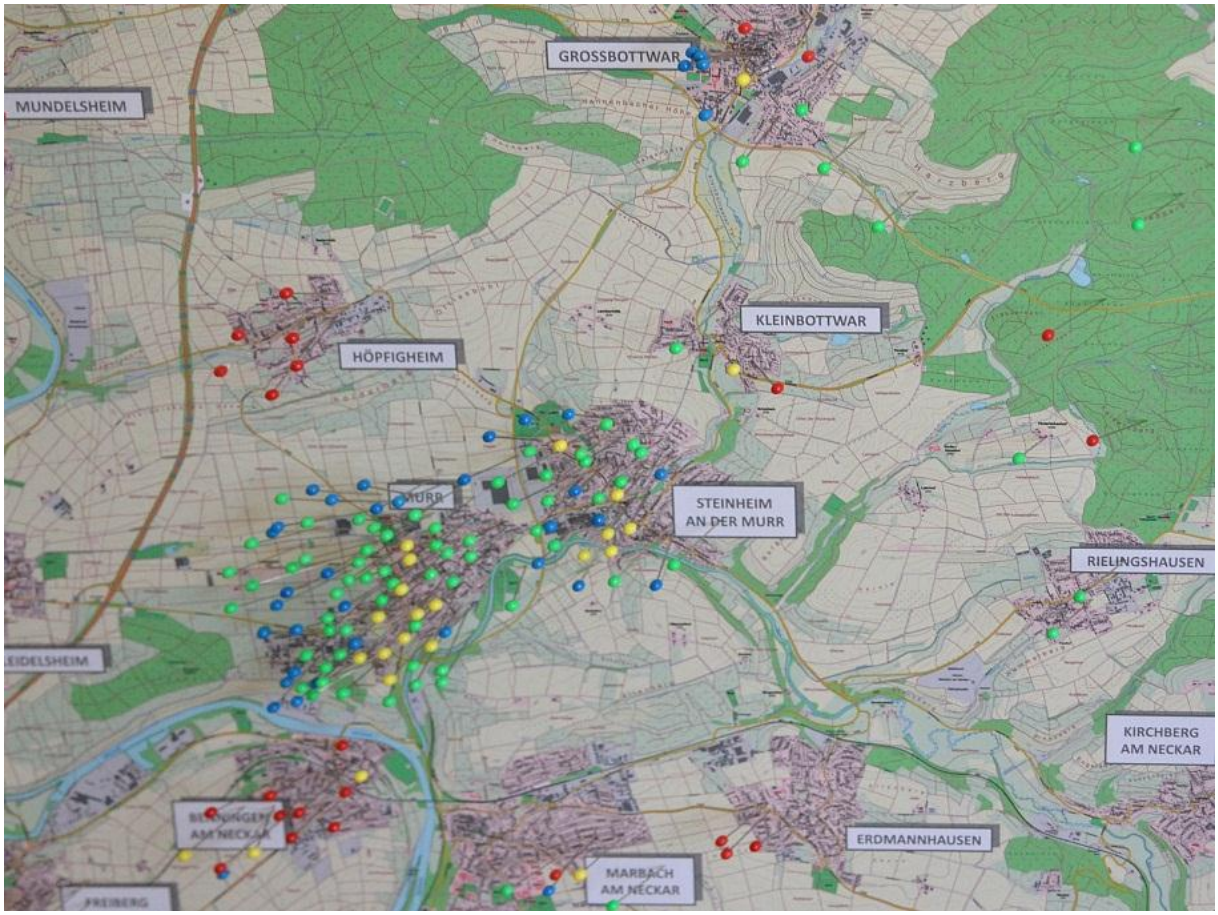


Abbildung 29: Kartendarstellung der Lieblingsorte (grün), Unorte (rot), Alltagsorte Mädchen (gelb) und Jungen (blau)

Parallel wurden in Kleingruppen Ideen zur Gestaltung der Freiflächen am Riedbach entwickelt. Dieser Bereich soll im Zuge der Umsetzung des Campus-Konzepts als Grün- und Freizeitbereich gestaltet werden, bisher liegen dazu noch keine konkreten Planungen vor. Die Schüler waren aufgefordert, als freie „Ideensammlung“ an Hand eines Lageplans die Nutzungen darzustellen, die ihnen für diese Fläche wünschenswert und sinnvoll erscheinen.

Eine Fülle von Ideen wurde erarbeitet, darunter auch zahlreiche Angebote für andere Altersgruppen:

- Internet/Jugendcafé mit Außenterrasse, Jugendbar mit alkoholfreien Cocktails und Fußballübertragungen,
- Essensangebote in Schulnähe: Kiosk, Bäckerei, Metzgerei, Pizzeria, Eisdiele,
- Lese- und Ruhehütte, Jugendliteratur auch zum Ausleihen,
- Liegewiesen mit Liegestühlen und Bänken, Tischgruppen in Schulnähe für Mittagspausen, Grillstellen,
- Riedbachstrand, Barfußpark,
- Sport- und Spielbereiche für verschiedene Altersgruppen.

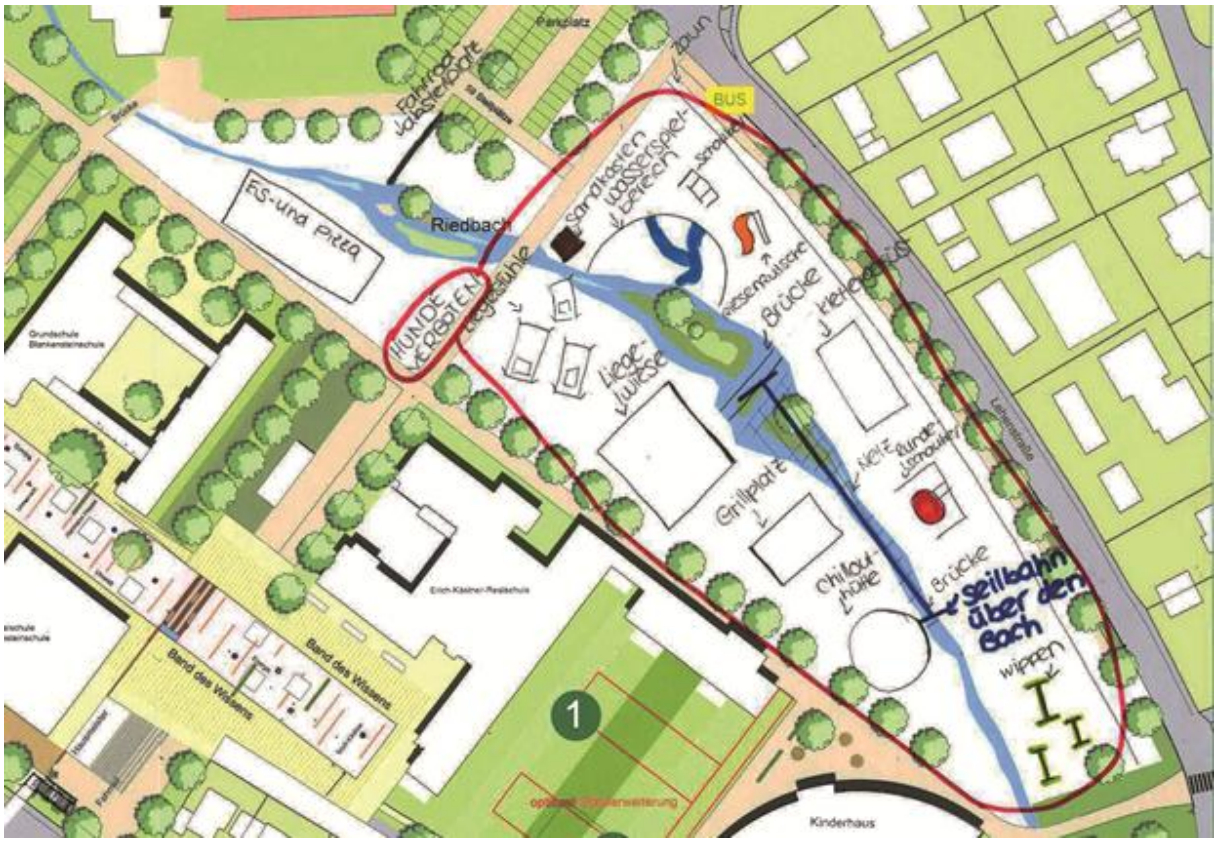
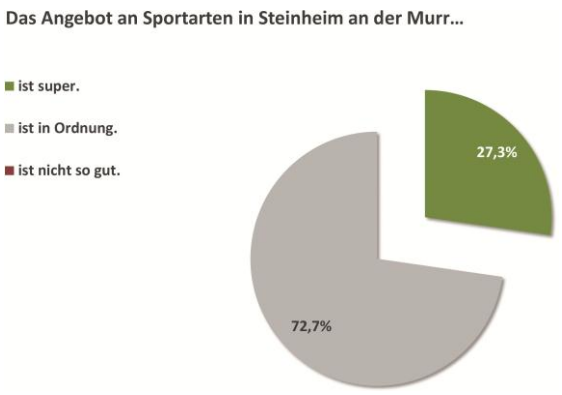


Abbildung 30: Beispiel Freiflächengestaltung Riedbach, Entwurf: L. Aupperle, J. Bauer, L. Fischer, S. Ihde, S. Kränzlein

In der abschließenden Diskussion mit Bürgermeister Thomas Rosner wurden vielfältige Fragestellungen aus dem Interessensbereich der Schüler besprochen. Das Thema Verkehr spielte eine wichtige Rolle, die Planung von Kreuzungen und Ampelanlagen wurde diskutiert, Fragen zum Nahverkehrsangebot geklärt. Zahlreiche Fragen betrafen die Ausstattung der Sportanlagen, hier gab es eine Reihe konkreter Verbesserungsvorschläge. Der DSL-Ausbau in den beiden Stadtteilen Höpfigheim und Kleinbottwar wurde auf Grund gezielter Fragen der Schüler detailliert erörtert. Die Diskussion konnte einerseits zahlreiche konkrete Fragestellungen aus der Lebenswelt der Schüler beantworten, zeigte den Teilnehmern darüber hinaus aber auch, wie kommunalpolitische Entscheidungsprozesse ablaufen, welche Sachzwänge hinter Entscheidungen stehen, dass oft komplizierte Abwägungsprozesse verschiedener Interessenlagen erforderlich sind. Damit konnte eine sehr konkrete Einführung in Methodik und Themenfelder der Stadtentwicklung gegeben werden.



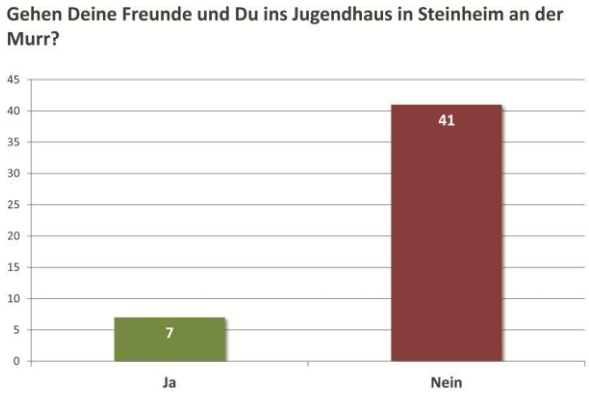


Abbildung 31: Ergebnisse Blitzumfrage zu Sportangebot und Jugendhaus

8 Handlungsprogramm

8.1 Beschreibung der Projekte/Maßnahmen

Strategieziel 1 Wohnstadt Steinheim: Im Vergleich zum Umland zeigen sich die Stärken Steinheims als Wohnstandort. Diese Funktion gilt es zu entwickeln, die Qualität der "weichen" Faktoren zu erhalten und zu stärken.

Handlungsfeld 1.1: Einwohnerzahl stabilisieren, Wohnflächen bedarfsgerecht anbieten

Projekt/Maßnahme 1.1.1: Wohnbauflächen bedarfsgerecht ausweisen
1 | **2** | 3 *Umsetzung: BM, Stadtbauamt*
Die geplanten Wohnbauflächen des Flächennutzungsplans bilden den Rahmen der möglichen Entwicklung im Außenbereich. Eine Ausweisung als Neubaugebiete soll aber nur dann erfolgen, wenn ein tatsächlicher Bedarf besteht, der nicht über die primär zu verfolgende Innenentwicklung abgedeckt werden kann. Eine erfolgreiche Umsetzung der Innenentwicklungspotentiale kann nur gelingen, wenn im Außenbereich kein Überangebot besteht.

Projekt/Maßnahme 1.1.2: Aktivierung innerstädtischer Baulücken
1 | 2 | 3 *Umsetzung: BM, Liegenschaftsamt*
Die Bereitstellung neuer Bauflächen soll vorrangig durch Innenentwicklung erfolgen. Um dies zu erreichen, muss eine Konzeption zur Aktivierung innerstädtischer Baulücken erarbeitet werden, denkbar wäre eine kommunale Baulückenbörse. Das strategische Instrument des kommunalen Flächenmanagements kann dazu dienen, das Bauflächenangebot vorausschauend zu planen und gezielt an zu erwartende Bedarfe anzupassen.

Projekt/Maßnahme 1.1.3: Ergänzungsbedarf Wohnen stadtteilbezogen umsetzen
1 | 2 | **3** *Umsetzung: BM, Stadtbauamt*
Während großzügige Flächenreserven für Wohnen in den Stadtteilen Höpfigheim und Kleinbottwar vorhanden sind, können im Kernort Steinheim keine neuen Flächen mehr bereitgestellt werden. Da hier aber ein erheblicher Ergänzungsbedarf zu erwarten ist, sollten auch in Steinheim entsprechende Planflächen geschaffen werden. Die Umsetzung muss dann an den konkreten Bedarfen der Ortsteile orientiert erfolgen.

Projekt/Maßnahme 1.1.4: Strukturwandel in der Fläche
1 | **2** | 3 *Umsetzung: BM, Stadtbauamt, Liegenschaftsamt*
Innenstadtnahe Gewerbeflächen werden einerseits als städtebauliche Störgrößen wahrgenommen, sie können anderseits als attraktive Wohnbauflächen nachgenutzt werden. Eine entsprechende Entwicklung in Kombination mit Einzelhandel, Dienstleistungen oder Kultur ist für das Gewerbegebiet Bahnhofstraße zu verfolgen. Als Ersatz für wegfallende Gewerbeflächen muss eine Erweiterung des Gewerbegebiets Kreuzwegäcker geprüft werden.

Projekt/Maßnahme 1.1.5: Neue Wohnformen

1 | **2** | 3 *Umsetzung: Stadtbauamt, Liegenschaftsamt*

In Folge der demografischen Entwicklung und gesellschaftlicher Veränderungen wird eine Vielzahl neuer Wohnformen nachgefragt. Diese Entwicklung soll bei der Ausweisung neuer Wohnbauflächen, sowie bei der Nachnutzung von innerstädtischen Potentialen berücksichtigt werden. Eine Differenzierung in Preis und Angebot muss kleine, bezahlbare Wohnungen, Wohnraum für Familien und spezielle Angebote für Senioren berücksichtigen. Dabei sollten sowohl Eigentum, wie Mietobjekte vorgesehen und neue Akteure wie Bauherrengemeinschaften berücksichtigt werden.

Handlungsfeld 1.2: Profil als Wohnstandort stärken

Projekt/Maßnahme 1.2.1: Stadtkern attraktivieren

1 | 2 | 3 *Umsetzung: BM, Stadtbauamt, Einzelhändler, Bürgerschaft*

Steinheim soll als Wohnstandort positioniert werden. Als weiche Standortfaktoren sind hierfür ein attraktiver Stadtkern und ein gutes Einzelhandelsangebot Voraussetzung. Steinheim besitzt die Ressourcen und das Potential, diese Zielsetzung zu erreichen. Als erster Schritt müssen städtebauliche Planungen für innerstädtische Potentiale entwickelt und das Einzelhandelskonzept umgesetzt werden.

Projekt/Maßnahme 1.2.2: Ortskerne der Stadtteile aufwerten

1 | **2** | 3 *Umsetzung: BM, Stadtbauamt, Einzelhändler, Bürgerschaft*

Genauso wie die Innenstadt Steinheims, müssen auch die historischen Ortskerne der Stadtteile aufgewertet und gestaltet werden. Die relevanten Wohnbauflächenpotentiale der Stadtteile können nur umgesetzt werden, wenn ein attraktives Wohnumfeld geboten wird. Die historische Bausubstanz der gewachsenen Kerne bietet hierfür gute Voraussetzungen.

Projekt/Maßnahme 1.2.3: Freizeitangebote für alle Gruppen

1 | **2** | 3 *Umsetzung: Hauptamt, Amt für öffentliche Ordnung*

Ein vielseitiges Angebot an Freizeitaktivitäten für alle Gruppen gehört zu den für die erfolgreiche Entwicklung des Wohnstandorts wichtigen weichen Faktoren. Dabei müssen veränderte Bedarfe (z.B. der zunehmend aktiven und zahlenmäßig wachsenden Gruppe der jungen Senioren) beachtet werden. Das Angebot sollte, vor allem in Bezug auf die Jugendlichen, von einer zielgruppenorientierten Kommunikation begleitet werden.

Projekt/Maßnahme 1.2.4: Qualität des Schulstandortes

1 | **2** | 3 *Umsetzung: Hauptamt, Stadtbauamt*

Die Stadt Steinheim erfüllt bereits heute die Funktion eines Schulstandortes für das nähere Umfeld. Das anspruchsvolle Angebot mit zwei weiterführenden Schulen muss trotz rückläufiger Schülerzahlen erhalten und gemäß landespolitischen Vorgaben weiterentwickelt werden.

Projekt/Maßnahme 1.2.5: Zukunftsfähige Kinderbetreuung
1 | 2 | 3 *Umsetzung: Hauptamt*
Mit sechs städtischen und einer privaten Einrichtung verfügt die Stadt über ein attraktives Kinderbetreuungsangebot. Das Angebot muss erhalten und veränderten Bedarfen (U3, GT, VÖ) angepasst werden.

Projekt/Maßnahme 1.2.6: Flächendeckendes Angebot Kinderbetreuung, Grundschule
1 | 2 | 3 *Umsetzung: Hauptamt*
Da die Stadtteile nicht über ein relevantes Einzelhandels- oder Dienstleistungsangebot verfügen, stellt das Angebot im Bereich Kinderbetreuung und Grundschule einen wichtigen Standortfaktor dar. Diese Einrichtungen sprechen vor allem die für die vorhandenen Baugebiete wichtige Gruppe der jungen Familien an. Das flächendeckende Angebot muss daher erhalten und weiterentwickelt werden.

Projekt/Maßnahme 1.2.7: Bürgernahe Verwaltung, Teilhabe aller Gruppen
1 | 2 | 3 *Umsetzung: BM, Hauptamt, Amt für öffentliche Ordnung*
Eine bürgernahe Verwaltung gehört heute zu den wichtigen Voraussetzungen, um Neubürger gewinnen zu können: Die Verwaltung ist meist eine der ersten Anlaufstellen; kommunale Dienstleistungen sollten nutzerfreundlich in einem Bürgerbüro angeboten werden. Um eine stärkere Einbindung dieser Gruppen zu erreichen, sollte die Einrichtung eines Jugendgemeinderats und eines Ausländerbeirats geprüft werden.

Strategieziel 2 Generationengerechte Stadt Steinheim: Den demografischen Wandel gestalten – Vorhandene Angebote müssen überprüft werden, neue geschaffen, alle Gruppen gilt es zu berücksichtigen.

Handlungsfeld 2.1: „Wir“ in Steinheim/bürgerschaftliches Engagement

Projekt/Maßnahme 2.1.1: Mehrgenerationenangebote schaffen
1 | 2 | 3 *Umsetzung: Amt für öffentliche Ordnung, Stadtbauamt, Liegenschaftsamt*
Kleine Familien sind heute der Normalfall, Verwandtschaft lebt meist nicht am Ort. Daher kommt Begegnungsmöglichkeiten der Generationen im öffentlichen Bereich eine gestiegene Bedeutung zu, Mehrgenerationenangebote sollen geschaffen werden (Wohnen, Begegnung/Treffpunkt).

Projekt/Maßnahme 2.1.2: Bürgerverein
1 | 2 | 3 *Umsetzung: Bürgerschaft*
Die wachsenden Aufgaben im sozialen Bereich können nicht allein durch öffentliche oder institutionelle Träger bewältigt werden. Ein Bürgerverein könnte die Chance bieten, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken. Unter dem Motto „Bürger für Bürger“ sollen Nachfrager und ehrenamtlich Tätige zusammengebracht werden. Neue Angebote wie der Bürgerbus wären zu prüfen. Denkbar ist eine Zusammenarbeit mit der bestehenden Bürgerstiftung.

Projekt/Maßnahme 2.1.3: Vereine vernetzen, Angebotserweiterung
1 | 2 | **3** *Umsetzung: Vereine, Bürgerschaft*
Das umfangreiche und vielseitige Angebot Steinheimer Vereine muss stärker vernetzt werden; Kooperationen sollen geprüft und verstärkt gemeinsame Veranstaltungen angeboten werden. Im Zuge des demografischen Wandels (Rückgang der Nutzerzahlen bei den Jugendlichen, steigende Nachfrage der Senioren) muss das Angebote den veränderten Zielgruppen angepasst werden.

Handlungsfeld 2.2: Seniorengerechte Stadt

Projekt/Maßnahme 2.2.1: Altengerechte Wohnangebote
1 | 2 | 3 *Umsetzung: Stadtbauamt, Amt für öffentliche Ordnung, Liegenschaftsamt*
Für die steigende Zahl älterer Bürgerinnen und Bürger fehlen entsprechende Wohnangebote. Die wenigsten Immobilien sind tatsächlich barrierefrei, betreute Wohnangebote bisher noch knapp. Altengerechtes Wohnen soll wohnortnah, d.h. im Zentrum Steinheims wie in den Stadtteilen angeboten werden; vor dem Hintergrund des sehr unterschiedlichen finanziellen Spielraums der Nutzer, ist auf eine Preisdifferenzierung zu achten.

Projekt/Maßnahme 2.2.2: Medizinische Versorgung verbessern
1 | **2** | 3 *Umsetzung: Amt für öffentliche Ordnung, Bürgerschaft*
Die steigende Lebenserwartung und der zunehmende Anteil älterer Menschen an der Wohnbevölkerung führen zu einer veränderten Nachfragesituation bei der medizinische Versorgung. Eine Verbesserung der Situation, z.B. durch Einrichtung eines Ärztehauses, muss geprüft werden.

Projekt/Maßnahme 2.2.3: Vernetzte Angebote für Senioren
1 | 2 | **3** *Umsetzung: Amt für öffentliche Ordnung, Bürgerschaft*
Die Angebote für Senioren werden von zahlreichen öffentlichen, institutionellen und privaten Träger erbracht. Die Zusammenarbeit dieser Akteure soll verbessert, die Angebote stärker vernetzt werden. Das Informationsangebot und die Organisation in städtischer Hand soll ausgeweitet werden.

Projekt/Maßnahme 2.2.4: Barrierefreie Stadt
1 | **2** | 3 *Umsetzung: Stadtbauamt, Amt für öffentliche Ordnung, Einzelhändler*
Im Zuge des demografischen Wandels wird die Gruppe der Senioren stark steigen, für das Jahr 2030 wurde eine Zunahme um ca. 50% vorausberechnet. Die barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raums gewinnt vor diesem Hintergrund, aber auch im Hinblick auf Menschen mit Behinderung, an Bedeutung. Fußwege und Plätze müssen überprüft, private Akteure wie z.B. Einzelhändler müssen für das Thema sensibilisiert werden.

Handlungsfeld 2.3: Familiengerechte Stadt

Projekt/Maßnahme 2.3.1: Angebote für Jugendliche
1 | **2** | 3 *Umsetzung: Stadtbauamt, Amt für öffentliche Ordnung*
Das städtische Angebot für Jugendliche spricht nur einen geringen Teil der eigentlichen Zielgruppe an, es muss überprüft und erweitert werden. Dazu gehört auch, das Jugendhaus zu etablieren und auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen.

Projekt/Maßnahme 2.3.2: Campus-Konzept
1 | **2** | 3 *Umsetzung: Hauptamt, Stadtbauamt*
Das engagierte Campus-Konzept sieht eine zukunftsweisende Weiterentwicklung des Schulzentrums vor. Es muss (trotz angespannter öffentlicher Haushalte), zusammen mit den geplanten Freizeitnutzungen, zügig umgesetzt werden. Die Anlage sollte (z.B. durch ein Café) für die Bürgerschaft geöffnet werden.

Projekt/Maßnahme 2.3.3: Spiel- und Grünflächenkonzept
1 | 2 | **3** *Umsetzung: Stadtbauamt*
Städtische Spiel- und Grünflächen entsprechen teilweise nicht mehr den Vorstellungen und Wünschen der Bürgerschaft, das Angebot wird als nicht zeitgemäß empfunden. Ein Spiel- und Grünflächenkonzept sollte ausgearbeitet, die Idee eines Parks an der Murr aufgenommen und konkretisiert werden. Die Planungen der Freizeitnutzungen auf dem Campus müssen in das Konzept einbezogen werden.

Strategieziel 3 Kulturstadt Steinheim: Steinheim verfügt über eine Vielzahl kultureller Angebote, die konzeptionell gebündelt und besser vermarktet werden müssen. Potential und Anknüpfungspunkte für neue Angebote sind vorhanden.

Handlungsfeld 3.1: Tourismus, Stadtmarketing

Projekt/Maßnahme 3.1.1: Tourismuskonzept
1 | **2** | 3 *Umsetzung: Hauptamt*
Die Stadt verfügt über eine Reihe von Attraktionen und Angeboten, die teilweise Gegenstand der Projekte/Maßnahmen dieses Handlungsfelds sind. Um diese Potentiale zu erschließen und eine effektive Vermarktung des städtischen Angebots zu erreichen, müssen alle Aktivitäten im Bereich Tourismus gebündelt werden. Ein Tourismuskonzept sollte Entwicklungschancen aufzeigen und das Ziel verfolgen, Steinheim regional besser zu vermarkten.

Projekt/Maßnahme 3.1.2: Informationsangebot optimieren
1 | 2 | 3 *Umsetzung: Hauptamt*
Vor allem bei Angeboten an die jüngere Generation sind in der Kommunikation neue Wege zu beschreiten. Ein zeitgemäßes Informationsangebot zu städtischen und privaten Angeboten, Aktivitäten und Veranstaltungen muss unter Federführung der Stadt installiert werden.

Projekt/Maßnahme 3.1.3: Radtourismus fördern
1 | **2** | 3 *Umsetzung: Hauptamt, Stadtbauamt, Amt für öffentliche Ordnung, Gastronomie*
Im Bereich des Tourismus liegen die Stärken der Stadt, neben dem überregional bedeutsamen Urmenschmuseum, vor allem in der für den Radtourismus günstigen Lage. Durch die fahrradfreundliche Lage an Murr und Bottwar und die Nähe zum Neckartalradweg (der an der Höpfigheimer Gemarkungsgrenze verläuft) bietet sich ein relevantes Potential an Tagesgästen und Besuchern Steinheimer Veranstaltungen.

Handlungsfeld 3.2: Kultur, Veranstaltungen

Projekt/Maßnahme 3.2.1: Breiteres Angebot von Veranstaltungen

1 | 2 | 3 *Umsetzung: Hauptamt, Vereine*

Die Stadt Steinheim verfügt mit rund 12.000 Einwohnern über ein relevantes Potential an Besuchern für Veranstaltungen aller Art. Daher sollen verstärkt Veranstaltungen auch im Sommer angeboten werden (z.B. Open-Air-Kino), das Kulturangebot in der Stadt und den Stadtteilen soll ausgebaut werden.

Projekt/Maßnahme 3.2.2: Konzeption Museen

1 | 2 | 3 *Umsetzung: Hauptamt*

Die Stadt verfügt über zwei Museen, darunter das Urmenschmuseum mit überregionaler Bedeutung. Eine neue Konzeption muss das Angebot entsprechend seines Stellenwertes weiterentwickeln und regional und überregional etablieren. Dabei sollte auch die Standortfrage des Urmenschmuseum neu geprüft werden.

8.2 Übersicht

Strategieziel 1 Wohnstadt Steinheim

Projekt/Maßnahme	Priorität	Umsetzung
1.1 Einwohnerzahl stabilisieren, Wohnflächen bedarfsgerecht anbieten		
1.1.1 Wohnbauflächen bedarfsgerecht ausweisen	1 | **2** | 3	BM, Stadtbauamt
1.1.2 Aktivierung innerstädtischer Baulücken	**1** | 2 | 3	BM, Liegenschaftsamt
1.1.3 Ergänzungsbedarf Wohnen stadtteilbezogen umsetzen	1 | 2 | **3**	BM, Stadtbauamt
1.1.4 Strukturwandel in der Fläche	1 | **2** | 3	BM, Stadtbauamt, Liegenschaftsamt
1.1.5 Neue Wohnformen	1 | **2** | 3	Stadtbauamt, Liegenschaftsamt
1.2 Profil als Wohnstandort stärken		
1.2.1 Stadtkern attraktivieren	**1** | 2 | 3	BM, Stadtbauamt, Einzelhändler, Bürgerschaft
1.2.2 Ortskerne der Teilorte aufwerten	1 | **2** | 3	BM, Stadtbauamt, Einzelhändler, Bürgerschaft
1.2.3 Freizeitangebote für alle Gruppen	1 | **2** | 3	Hauptamt, Amt für öffentliche Ordnung
1.2.4 Qualität des Schulstandortes	1 | **2** | 3	Hauptamt, Stadtbauamt
1.2.5 Zukunftsfähige Kinderbetreuung	1 | 2 | **3**	Hauptamt
1.2.6 Flächendeckendes Angebot Kinderbetreuung	1 | **2** | 3	Hauptamt
1.2.7 Bürgernahe Verwaltung	1 | 2 | **3**	BM, Hauptamt, Amt für öffentliche Ordnung

Strategieziel 2 Generationengerechte Stadt Steinheim

Projekt/Maßnahme	Priorität	Umsetzung
2.1 „Wir“ in Steinheim/bürgerschaftliches Engagement		
2.1.1 Mehrgenerationenangebote schaffen	1 | **2** | 3	Amt für öffentliche Ordnung, Stadtbauamt, Liegenschaftsamt
2.1.2 Bürgerverein	**1** | 2 | 3	Bürgerschaft
2.1.3 Vereine vernetzen, Angebotserweiterung	1 | 2 | **3**	Vereine, Bürgerschaft
2.2 Seniorengerechte Stadt		
2.2.1 Altengerechte Wohnangebote	**1** | 2 | 3	Stadtbauamt, Amt für öffentliche Ordnung, Liegenschaftsamt
2.2.2 Medizinische Versorgung verbessern	1 | **2** | 3	Amt für öffentliche Ordnung, Bürgerschaft
2.2.3 Vernetzte Angebote für Senioren	1 | 2 | **3**	Amt für öffentliche Ordnung, Bürgerschaft
2.2.4 Barrierefreie Stadt	1 | **2** | 3	Stadtbauamt, Amt für öffentliche Ordnung, Einzelhändler
2.3 Familiengerechte Stadt		
2.3.1 Angebote für Jugendliche	1 | **2** | 3	Stadtbauamt, Amt für öffentliche Ordnung
2.3.2 Campus-Konzept	1 | **2** | 3	Hauptamt, Stadtbauamt
2.3.3 Spiel- und Grünflächenkonzept	1 | 2 | **3**	Stadtbauamt

Strategieziel 3 Kulturstadt Steinheim

Projekt/Maßnahme	Priorität	Umsetzung
3.1 Tourismus, Stadtmarketing		
3.1.1 Tourismuskonzept	1 | **2** | 3	Hauptamt
3.1.2 Informationsangebot optimieren	**1** | 2 | 3	Hauptamt
3.1.3 Radtourismus fördern	1 | **2** | 3	Hauptamt, Stadtbauamt, Amt für öffentliche Ordnung, Gastronomie
3.2 Kultur, Veranstaltungen		
3.2.1 Breiteres Angebot von Veranstaltungen	**1** | 2 | 3	Hauptamt, Vereine
3.2.2 Konzeption Museen	1 | **2** | 3	Hauptamt